

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Was kostet die deutsche Aufrüstung?
 Was nicht bei Hitler steht
 Es ist verboten!
 Ein nationales Mädchen für alles

Die Mörder Europas

Wer wagt, sie anzuklagen

Der englische Besuch in Berlin ist vorbei, und neue diplomatische Besprechungen stehen bevor. Ein umfangreiches, wohl inwider verzahntes Verhandlungsprogramm wird heruntergespielt, in dessen Rahmen auch eine außerordentliche Tagung des Völkerbundes vorgesehen ist. Aber wer wagt mit bestem Glauben zu behaupten, daß Europa nach der Erledigung dieses Programms dem Frieden näher sein wird? Man mag verhandeln, so viel man will, — die Tatsache läßt sich damit nicht aus der Welt schaffen, daß die Existenz des Hitlersystems die Verewigung der Kriegsgefahr in Europa bedeutet. Die politischen Konstellationen mögen sich ändern: aber die angriffslustige, kriegerische Tendenz des neuen deutschen Militarismus wird sich nicht ändern.

Er hält es nicht mehr für nötig, seine Ziele zu verbergen, das ist die Lehre der Berliner Besprechungen. Seine Ziele sind die militärische Vorherrschaft, die Freiheit der Expansion nach Osten und Südosten. Es geht ihm nicht mehr um die Rüstungsfreiheit; denn diese besitzt er. Er wird sich nicht durch Verträge fesseln lassen, und wenn er seine Unterschrift unter einen Vertrag setzt, wird dieser durch die Unterschrift wertlos werden. Wir verweisen nicht auf den Versailler Vertrag, sondern auf die Tatsache, daß der deutsch-russische Vertrag, der ein Friedens- und Freundschaftsvertrag sein sollte, formell immer noch in Kraft ist, obwohl ihn der neue deutsche Militarismus zerrissen hat. Die Erklärungen, die Hitler Sir John Simon gegenüber in Sachen Rußlands abgegeben hat, und die alle Lautsprecher des Systems in unzähligen Variationen wiederholen, sind die Ankündigung einer zukünftigen Kriegserklärung des Hitlersystems an Rußland. Es ist kein Zweifel, daß jene extreme Linie der nationalsozialistischen Außenpolitik, die durch Hitlers Buch »Mein Kampf« und durch Rosenbergs Konzeptionen bezeichnet wird, den offiziellen Kurs der Reichspolitik bestimmt. Die Propaganda, die diese aggressive Außenpolitik begleitet, schlägt der historischen Wahrheit wie aller Logik ins Gesicht. Sie besitzt bereits die Qualitäten der Kriegspropaganda. In der Tat ist die Mentalität des Hitlersystems die reine Kriegsmentalität. Im geistigen ist der Krieg bereits im Gange.

Diese innere Bejahung des Krieges durch das Hitlersystem wirkt auf die in der Verteidigung begriffenen Staaten zurück. Immer klarer treten die Linien künftiger Militärbündnisse hervor. Militärbündnisse sind gleichbedeutend mit Kriegsabündnissen. Sie sind noch nicht gleichbedeutend mit dem Kriege selbst. Auch dann noch, wenn sich militärische Bündnisgruppen gegenüberstehen, geschieden in Angreifer und Verteidiger, ist die letzte Entscheidung über Krieg und Frieden von historischen Zufällen abhängig. Aber die Unsicherheit, die stete Drohung, das ist das Elend, aus dem es kein Entrinnen gibt, wenn Europa erst einmal in dieser Form gespalten und neu organisiert ist! Ein Anfall von politischem Alkoholismus kann dann die Bombe zum Platzen bringen — und der neue deutsche Militarismus mit Hitler an der Spitze, das ist der politische Alkoholismus in ein System gebracht.

Alle Verhandlungsketten können die Tatsache nicht mehr erschüttern, daß ganz Europa in eine Vorkriegsperiode hineintreibt, in eine Ära des Wettrüstens und der Furcht, die eine Lämung des Willens zum Aufstieg auf wirtschaftlichem und

kulturellem Gebiet mit sich bringt und Verfall in jeder Hinsicht bedeutet. Die Vernunft als Regulator des politischen Handelns wird heute schon hinreichend verachtet — sie wird dann endgültig zum Teufel gejagt werden. Aengstlich, zwischen Furcht und Hoffnung schwebend, verfolgt man den Gang der immer wiederholten Verhandlungen — aber worauf hofft man eigentlich, wenn man sich nicht klar machen will, daß die Existenz des Hitlersystems ist, die einer vernünftigen Neuordnung Europas im Wege steht?

Die Schuld Europas an dieser Entwicklung liegt in der Furcht vor dem Augenscheinlichen und in der Trägheit des Herzens. Wie kann man der Organisation des

Kopenhagener Wohnung der Opfer eingebrochen ist. Er hat dort u. a. die Akten dieses internationalen Gewerkschaftsverbandes gestohlen.

Dieser Menschenräuber und internationaler Spion hängt der deutschen Regierung an den Ruckschößen, sie kann ihn nicht abschütteln!

Es sind nicht weniger als drei Länder, die von der abscheulichen Arbeit dieser verbrecherischen deutschen Organisation getroffen worden sind: die Tschechoslowakei im Fall Formis, die Schweiz und Dänemark. Alle drei Länder sind Mitglieder des Völkerbundes. Werden sie den Mut besitzen, vor dem Forum des Völkerbundes Anklage zu erheben gegen diese internatio-

nale Verbrecherorganisation? Werden sie die diplomatischen Fiktionen und Bräuche zerreißen, hinter denen sich die Organisatoren dieser Verbrechen decken? Diese Länder würden eine moralische Pflicht erfüllen, wenn sie gemeinsam ihre Stimme erheben würden, sie würden damit dem Recht und dem Frieden einen besseren Dienst erweisen als andere Länder mit langwierigen diplomatischen Verhandlungen.

Menschen verschleppt und abgeschlachtet haben. Der Spruch gegen die Verschwörer, den das litauische Gericht gleichzeitig gefällt hat, ist hart — aber welches Recht hat ein System zur Beschwerde, das seinen innenpolitischen Gegner aufs Schafott schiebt, das sie in Konzentrationslagern zu Tode quält, das nicht nach Recht, sondern nach Willkür urteilen und hinrichten läßt! Die Blutschuld ruht auf jenen, die den Fememord zur politischen Methode gemacht haben. Sie haben den Geist der Verschwörung und des Mordes gezüchtet und nun antworten sie auf den Spruch der Justiz mit offener Kriegshetze. Sie drohen mit Vernichtung der staatlichen Existenz Litauens, weil Litauen es wagte, gegen die Mörder einzuschreiten. Muß man an den 25. Juli 1934, an die Ermordung Dollfuß' erinnern?

Hier lassen sich Mord und Politik nicht mehr trennen, hier fließen Aufrüstung und Kriegswille, Militarismus und Feme, Eroberungslust und Vertreiben in Eins zusammen. Das ist der Feind! Das ist der Geist, der den Frieden Europas bedroht und der mit aller Macht bekämpft werden muß. Oder sollen seine Verbrechen zum stillschweigend geduldeten europäischen Gewohnheitsrecht werden?

Deutschland verweigert Annahme von Reichsmark

Eine Anweisung an deutsche Exporteure

Die Reichswirtschaftskammer ersucht die Wirtschaftsredaktionen der deutschen Presse um wiederholte Hinweise, daß noch immer im großen Umfange deutsche Ausfuhrgegenstände im Ausland durch von dort brieflich nach Deutschland versandte Reichsbanknoten beglichen werden. Es kann — so heißt es in der Mitteilung — sich dabei lediglich um Noten handeln, mit deren Hilfe Vermögensverschiebungen nach dem Ausland durchgeführt worden sind. Die deutschen Exportfirmen müssen durch Appelle in der Presse immer wieder dazu aufgefordert wer-

den, bei Abschlüssen mit dem Ausland die Zahlung von Reichsmark auszuschließen. Es liegt selbstverständlich im Reichsinteresse, nur fremde Valuten hereinzubekommen und nicht Reichsmark. Ein offenes Annahmeverbot der deutschen Reichsmarknoten würde aber eine Entwertung und vielleicht sogar einen schweren Stoß gegen die Währung bedeuten. Es ist daher erforderlich, daß die deutschen Exporteure nationale Disziplin halten und die Annahme von Reichsmark aus dem Ausland ablehnen.

Kriegsverbrechen entgegenwirken, wenn man sich nicht einmal zu moralischer Gegenwirkung entschließt gegen die internationale Organisation des Verbrechens des Mordes und des Menschenraubs, die von Hitlerdeutschland ausgeht? Wir stellen fest, daß die Entführung des Journalisten Berthold Jacob ein weiteres Echo gefunden hat als der Mord an dem Rundfunkingenieur Formis. Aber was fruchtet persönliche Empörung, was vorübergehendes zorniges Aufflammen, wenn es nicht zum Entschluß der moralischen Gegenwirkung führt?

Im Falle Jacob ist einer der Täter verhaftet und damit ein Zipfel des Geheimnisses der deutschen Feme- und Mordorganisation gelüftet worden. Dieser Wesemann, ein moralisch verkommenes, charakterloses Subjekt, hat seine Tätigkeit in Dänemark, in Holland, England, Frankreich, der Schweiz betrieben. Die Durchleuchtung seiner Person und seiner Methoden hat ein zweites Verbrechen des Menschenraubs zutage gefördert, das in Dänemark begangen worden ist.

Am 30. Januar 1935 hat dieser Wesemann einen aus Deutschland geflüchteten Gewerkschaftsbeamten, der in Kopenhagen die Funktion des internationalen Sekretärs einer Gewerkschaft begleitete, nach Deutschland gelockt. Das Opfer ist spurlos verschwunden. Danach hat Wesemann die Frau des Opfers über die Grenze gelockt. Die deutschen Behörden, die die Frau verhaftet haben, haben die Schlüssel der Kopenhagener Wohnung der Opfer dem Wesemann ausgeliefert, der mit ihrer Hilfe in diese

nale Verbrecherorganisation? Werden sie die diplomatischen Fiktionen und Bräuche zerreißen, hinter denen sich die Organisatoren dieser Verbrechen decken? Diese Länder würden eine moralische Pflicht erfüllen, wenn sie gemeinsam ihre Stimme erheben würden, sie würden damit dem Recht und dem Frieden einen besseren Dienst erweisen als andere Länder mit langwierigen diplomatischen Verhandlungen.

Jawohl, dem Frieden! Denn der Geist, der diese Verbrechen geboren hat ist derselbe barbarische Geist, der den Frieden Europas bedroht, der Geist, dem Gewalt vor Recht geht, der sich höhrend über alle Bindungen der Menschlichkeit, der Moral, des Rechts, der Verträge hinwegsetzt. Es ist der angriffslustigste Militarismus, der die Mörder ausschickt. Wer heute noch an der Fiktion festhält, daß die Verantwortung für die internationale Feme nicht auf die deutsche Regierung falle, der ist mit Blindheit geschlagen! Wir beschwören altermals — und oft genug haben wir es bereits getan! — den Geist von Potempa. Damals hat Hitler die feigen Mörder, die ihr Opfer in Potempa in Oberschlesien zertrampelten, seine Kameraden genannt. Damals hat er eine wilde Propaganda gegen ein gerechtes Urteil entfesselt, der Regierung Papen die Begnadigung der Mörder abgetrotzt, die heute Ehrenämter in seiner Partei bekleiden. Heute wieder entfesselt er eine wilde Propaganda gegen den Spruch des litauischen Kriegsgerichts, das vier nationalsozialistische Fememörder im Memelland zum Tode verurteilt hat. Der Spruch hat feige Mörder getroffen, die nach braunen Fememethoden einen

Der Fall Esser

Der Sittlichkeitsverbrecher als Minister.
 Der bayrische Wirtschaftsminister Esser ist seines Amtes enthoben worden. Seine Lumpereien haben ihn gestürzt. Er war von Anfang an ein korruptes Subjekt. Seine moralische Verkommenheit war kein Hindernis für seine Laufbahn in der NSDAP, um so weniger, da der Parteichef selbst Nutzen daraus gezogen hat. Hitler hat sich im Jahre 1923 über Esser geäußert:

»Ich weiß, daß Esser ein Lump ist. Aber stellen Sie mir einen anderen her! Esser ist ein Schwätzer und Lügner, dabei eitel und von sich eingenommen. Seine beste Eigenschaft ist die Feigheit.«

Gregor Strasser kennzeichnete Esser folgendermaßen:

»Sein Lebenswandel ist unmoralisch, seine Handlungsweise eigennützig und unvölkisch; wer, wie Esser, einen Brief seines Führers zu Fälschungen benutzt, betreibt politische Fälschmünzerei. Sein Verhalten am 9. November und die nachfolgenden Tage war feig und eines wahren Nationalsozialisten unwürdig.«

Dies Subjekt gehört zu den Gründern der NSDAP! Hitler hat ihn aus persönlichen Gründen zum Chefredakteur des »Illustrierten Beobachters« gemacht, er hat ihn zum bayrischen Minister gemacht, er hat seine Verbrechen gedeckt! Jetzt, wo Esser sich an einem minderjährigen Mädchen, der Tochter eines in München angesehenen Mannes, vergreifen hat, als der Skandal sich nicht mehr vertuschen ließ, mußte er ihn fallenlassen.

Warum hat er ihn bisher gehalten, obwohl er die moralische Verkommenheit des Esser bis in die Einzelheiten kannte? Wie viele der Hitlerschen »Paladine« — vor allem Streicher — werden aus ähnlichen Gründen gehalten, trotz gleicher Qualifikationen wie Esser?

Ihr Stolz

»Die Rede Görings, wie des Reichserziehungsministers Rust vor dem Preussischen Staatsrat hat wieder gezeigt, wie tief der Umbruch ist, den der Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Erziehung gebracht hat. Man muß weit zurückgehen, um ein Beispiel zu finden: vielleicht nicht weniger als vierhundert Jahre.«

»Der Mittags, Düsseldorf.

Harnackes Schwanengesang

Gleichzeitig mit dem bayrischen Wirtschaftsminister Hermann Esser ist auch der sächsische Volksbildungsminister Dr. Wilhelm Harnacke aus seinem Amte entfernt worden. Und zwar hat ihn, wie es ausdrücklich heißt, der Führer und Reichskanzler auf Vorschlag des Reichsstatthalters entlassen. Das zeitliche Zusammentreffen beider Ausbootungen ist zufällig, die Gründe aber sind verschiedener Art. Dr. Harnacke, mit dessen reaktionärer Vergangenheit als Dresdner Stadtschulrat und Vorkämpfer für das Bildungsprivileg der begüterten Klassen wir uns erst kürzlich in Nr. 87 des N. V. beschäftigt haben, mußte wegen sachlicher Differenzen in seinem Ressort gehen. Er mag als ausgesprochener Typ des höheren Berufsbeamten sich doch nicht die Zufriedenheit seiner braunen Auftraggeber erworben haben. Wenn er auch den Grad der Schulbildung nach dem Geldbeutel des Vaters bemessen wissen wollte, so verstand er doch darunter eben immer noch Bildung, und er mag sich mit dem stupiden Drill besonders der höheren Schüler auf vorwiegend »soldatische Tugenden« nicht so leicht abgefunden haben. Das klingt schon aus der Kritik heraus, mit der er als sächsischer Volksbildungsminister von Mutachmanns Gnaden das klägliche Ergebnis einer Prüfung sämtlicher Oberprimaner der sächsischen staatlichen Studienanstalten vor dem Abiturientenexamen kommentierte und in der er erklärte, daß es »eine Fülle von Geistern selbst in den obersten Klassen der höheren Bildungsanstalten gibt, deren Einfältigkeit und Beschränktheit an diesem Orte schwerste Besorgnis erregt; der Unterschied zwischen der besten und der geringsten Leistung erwies sich als geradezu unfaßbar groß, und zwar überwogen die Minderleistungen.« Vielleicht hat ihm diese Kritik den Hals gebrochen und sie wäre dann sein Schwanengesang gewesen; vielleicht hat sogar ihre Glossierung im N. V. zu seinem Sturze beigetragen. Jedenfalls: solche Auffassungen vertragen sich nun einmal nicht mit dem Bildungsideal der braunen oder reichswehrgrauen Herren der Situation. Und angesichts der plötzlichen und sang- und klanglosen Entlassung Dr. Harnackes wirkt es wie ein Kommentar, wenn jetzt, zu genau gleicher Zeit, bei einer Abiturienten-Entlassungsfeier im Dresdner König-Georg-Gymnasium der Oberstudienleiter Dr. Kretschmar in seiner Entlassungsrede sagte: »Das Tun eines jeden sei geadelt, gleichviel wo er stehe, wenn er nur dabei die Tugenden entfalte, die uns den soldatischen Menschen als Vertreter höchsten Mannestums erscheinen lassen.« Dr. Kretschmar — den Namen wird man sich merken müssen; vielleicht taucht dieser tüchtige Mann eines Tages auf den Sessel des sächsischen Volksbildungsministers auf, um energischer noch als bisher die Volkserziehung vom Geiste weg zum Ideal des soldatischen Menschen hinzulenken. Wer das nicht hundertprozentig mitmacht, ist nicht zu gebrauchen. Und wer trotzdem an dem alten »Bildungsimmel« festhalten will, ist bald ein gewesener Mann, mag er sich sonst durch reaktionäre Tugenden auch noch so verdient gemacht haben.

Manfred.

Die deutsche Gefängnishölle

Ein Holländer berichtet.

Der holländische Genosse Spansier, der in Deutschland wegen Verbreitung der »Freien Presse« — auf holländischem Gebiet! — zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist rund fünf Monate vor Ablauf seiner Strafezeit von den deutschen Behörden entlassen und nach Holland ausgewiesen worden. Seine Schilderungen geben ein Bild der deutschen Gefängnishölle, obwohl Spansier als Ausländer noch einen gewissen Vorzug in der Behandlung genossen hat.

Bei seiner Verhaftung, die während einer Reise — wohl auf Grund einer Denunziation — in Kleve stattfand, wurde Gen. Spansier von der SA mit Faustschlägen ins Gesicht bearbeitet, um zu einem Geständnis gezwungen zu werden. Sein blutbeflecktes Hemd mußte er dann vor dem Verhör unter einem Leitungshahn auswachen. Es wurde ihm gedroht: Wir werden dafür sorgen, daß Du nicht mehr lebendig nach Deutschland zurückkommst.

Im Untersuchungsgefängnis wohin Spansier nach vielfachen Bedrohungen und Mißhandlungen kam, bestanden zwei Abteilungen: eine für politische und eine für kriminelle Gefangene. Spansier kam in die kriminelle Abteilung, was aber für ihn als Ausländer eine Vergünstigung war! In der politischen nämlich wurde unbarmherzig geprügelt,

In einem merkwürdigen Moment veröffentlicht das gleichgeschaltete Konjunkturinstitut eine neue Zusammenstellung über die Rüstungsausgaben der Welt. Die verächtlichen Lakaien der Nationalsozialisten offenbaren einen erfreulichen antimilitaristischen Geist und geben ihrer Ueberzeugung von der schädlichen Unproduktivität der Rüstungsausgaben erfrischenden Ausdruck. Von rund zehn Milliarden Reichsmark im Jahre 1913 sollen nach den (sehr zweifelhaften und tendenziösen) Berechnungen des Instituts die Rüstungsausgaben der Welt auf 15 Milliarden im Jahre 1929 gestiegen sein und werden im Jahre 1935 auf mindestens 24, nach einer anderen Berechnungsart sogar 31 Milliarden Mark erreichen. Sie werden also um die Hälfte höher sein als 1929 und den Stand vor dem Weltkrieg um das Anderthalb- bis Zweifache überschreiten. Das Institut ist entrüstet:

»Was diese Ziffern ökonomisch bedeuten, kann an wenigen Beispielen gezeigt werden. 30 Milliarden sind mehr als die gesamte jährliche Nettoproduktion der deutschen oder britischen Industrie, mehr als die gesamte Einfuhr Europas an Rohstoffen, Halbstoffen und Fertigwaren, annähernd doppelt so viel wie der Goldbestand der Vereinigten Staaten.«

Berücksichtigt man den Preisrückgang auch für Kriegengeräte seit Beginn der Wirtschaftskrise, so wird man ohne Uebertreibung sagen dürfen, daß die Welt im laufenden Jahr ungefähr dreimal soviel an Arbeits- und Kapitalnutzung für Rüstungen einsetzen wird wie am Vorabend des Weltkriegs. Dieser Leistungseinsatz würde nach früheren Erfahrungen ausreichen, um den gesamten Zuschußbedarf der Industrieländer an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu decken.«

Natürlich ist dieser nationalsozialistisch-antimilitaristische Pazifismus auf das Ausland beschränkt. Mit vollem Recht. Denn während die anderen Länder, und an ihrer Spitze Sowjetrußland, unaufhörlich aufgerüstet haben, hat doch Deutschland völlig abgerüstet. Während Rußland die Riesensumme von 6,5 Milliarden Rubel ausgibt, Frankreich angeblich 11,3 Milliarden Frs., Japan über 1 Milliarde Yen, hat Deutschland ja nach den unwiderleglichen Angaben in seinem Etat nur 900 Millionen Mark für Rüstungen verbraucht. Deutschland ist eben das Paradies des Pazifismus. Denn es ist das einzige Land, das 1934

»seinen weit geringeren Prozentsatz seines Volkseinkommens für Wehrkosten ausgab als vor dem Kriege... Wenn Deutschland etwa ebenso viel für Rüstungen ausgeben wollte (!) wie sein Nachbar Frankreich, so hätte der deutsche Wehretat im letzten Jahre statt 0,9 Milliarden Reichsmark über 4 Milliarden betragen müssen.«

Den dienstbeflissenen Burschen ist ein kleines Malheur passiert. Ihr Bericht war fertig und kam zur Versendung unmittelbar bevor die Tatsache der vollzogenen deutschen Aufrüstung offiziell proklamiert wurde. Daß die Schaffung einer der stärksten Luftflotten der Welt, daß die Aufstellung eines Heeres von 36 Divisionen und seine Ausstattung mit dem notwendigen Material an Uniformen, Waffen, schwerer Artillerie und Tanks nicht mit den armseligen 900 Millionen des Etats, die kaum der alten Reichswehr genügten, bestritten worden ist, ist klar.

In Wirklichkeit ist der größte Teil der mindestens 8 bis 10 Milliarden Reichsmark betragenden ungedeckten Ausgaben für die deutsche Aufrüstung innerhalb der letzten 18 Monate

ausgegeben worden und der Aufwand übersteigt bei weitem den aller anderen Mächte. Es ist eine zum Angriff bereite und zum Angriff bestimmte Kriegsmaschine geschaffen worden und es ist die deutsche Offensive, die im Verein mit der japanischen Rußland und Frankreich in erster Linie, bald auch alle anderen Staaten zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben zwingt.

Ausmaß und Tempo der deutschen Aufrüstung, in deren Dienst die gesamte Wirtschaftspolitik gestellt ist — denn die deutsche Wirtschaft ist seit der Machtergreifung Hitlers vor allem Kriegswirtschaft, und deren Gesetze beherrschen jede einzelne Maßnahme — erklären ja auch zur Genüge den deutschen Konjunkturablauf: Herunterdrückung der Konsumrate zugunsten der Investitionsrate in dem ausgedehnten Bereich der modernen Rüstungsindustrien; deshalb gesteigerte Beschäftigung der schweren Industrien mit rasch steigenden Kriegsgewinnen und Zurückbleiben der Konsummittelindustrien, also steigende Disproportionalität der Industriezweige und völlige Abhängigkeit des Beschäftigungsgrades der Industrie von der Erteilung der Staatsaufträge. Steigende Einfuhr namentlich aller Rohstoffe der Rüstungsindustrien bei sinkendem Export, und deshalb immer erneute Versuche zur Autarkie für die Bedürfnisse der Aufrüstung und dann des Krieges ohne Rücksicht auf die Kosten.

Hier stößt diese Politik auf bestimmte wirtschaftliche Schranken. Nur darf man sich darüber keine Illusionen machen, daß diese Schranken elastisch, daß die Möglichkeit des Herabdrückens des Lebensstandards für das Gewaltregiment der Diktatur groß, daß die Manövrierfähigkeit bei einer so völlig in der Hand der Herrschenden befindlichen Wirtschaft zunächst noch ausreichend ist.

Das gilt auch für den schwächsten Punkt der deutschen Wirtschaft, für ihre Außenhandelsbeziehungen. Wieder zeigt der Februarausweis im Ganzen eine Schrumpfung des Außenhandels. Bekanntlich hatte der Januar zwei Rekorde gebracht: einen bisher unerhörten Tiefstand der Ausfuhr mit 299 Millionen; die Ausfuhr war also fast auf ein Viertel des Monatsdurchschnitts von 1929 herabgesunken. Und das Defizit der Handelsbilanz erreichte in diesem einzigen Monat den Betrag von 105 Millionen, denn die Einfuhr hatte mit 404 Millionen ihren relativ hohen Stand behauptet. Im Februar hat die Ausfuhr mit 302 den vorher nie erreichten Tiefstand vom Januar kaum überschritten. Und das Bedenklichste dabei ist, daß die Fertigwarenausfuhr auf ihrem Tiefstand beharrt. Dagegen ist die Einfuhr mit 359 Millionen um 45 Millionen oder 11% niedriger als im Januar. Zu dieser Verringerung der Einfuhr hat auch die Rückgliederung der Saar bereits etwas beigetragen, da das Reich in der letzten Zeit mehr Waren (Eisen!) aus der Saar bezogen hat als es dahin lieferte. Dieser Einfuhrüberschuß verschwindet jetzt aus der Statistik. Das Defizit der Handelsbilanz beträgt im Februar also 57 Millionen. Es war, vom Januar 1935 und vom April 1934 abgesehen, größer, als in allen vorausgegangenen Monaten. Die beiden ersten Monate des Jahres ergeben also schon ein Passivum von nicht weniger als 162 Millionen gegenüber einem solchen von 284 Millionen im ganzen Jahre 1934!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist unbestimmt. Daher das Bemühen, andere Wege der Exportsteigerung, das heißt des Devisenerwerbs für Rüstungszwecke, ausfindig zu machen. Dazu gehört die Ausdehnung des direkten Exportdumpings. Industrien mit guten Inlandsabsatz, z. B. die Motoren- und Automobilindustrie, werden zusammengeschlossen und müssen einen Teil ihres Inlandserlöses an eine Exportkasse abliefern, die den Export mit Prämien subventioniert. Und Schacht trägt sich mit Plänen, dieses System auszudehnen — in aller Heimlichkeit, um Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Daneben werden die autarkischen Bestrebungen trotz aller Ablehnungen weiter gefördert.

So groß aber all diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und so falsch es wäre, sie zu unterschätzen, sie sind für die Frage der Aufrüstung nicht entscheidend. Denn bei der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus handelt es sich um die Lebensfrage der Diktatur. Ihre Gewalt ist zunächst stark genug, die Steigerung der Rüstungen auch um den Preis der weiteren Verelendung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes durchzuhalten. Und mit dem neu geschliffenen Schwert glaubt sie zuletzt doch aller Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Ziel, das Schacht bei der Verkündung seines »Neuen Planes« verkündete, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz herzustellen und womöglich einen Exportüberschuß zu erhalten, ist also keineswegs erreicht. Aber das öffentlich verkündete Ziel war ja auch nicht die wahre Absicht. Schacht verfolgt zwei Zwecke: einmal die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie zu sichern und zweitens die Gläubiger um ihre Zinsansprüche zu prellen.

Den ersten Zweck erreicht er durch die Manipulierung der Einfuhr — er teilt weniger Devisen zu für die Einfuhr von Lebensmitteln usw. und reserviert die Devisen für die Einfuhr der Kriegsrohstoffe — den zweiten, indem er die Einfuhr aus den Gläubigerländern eine zeitlang begünstigt. Dann wachsen auf den Verrechnungskonten die ausländischen Forderungen an Deutschland, für deren Befriedigung die Devisen fehlen. Sollen die Gläubiger dann doch befriedigt werden, so stehen den Ländern nur zwei Auswege offen: entweder sie müssen ihre Ausfuhr nach Deutschland zum Schaden ihrer Industrie drosseln oder sie müssen mehr deutsche Waren abnehmen. Auf diesen Druck rechnet Schacht, es ist einer der Wege, eine Steigerung des deutschen Exports zu erzwingen. Bisher aber hat er das Defizit der Handelsbilanz einerseits durch Nichtbezahlung der Gläubiger, andererseits durch Nichtbezahlung der Warenausfuhr — die rückständigen Schulden belaufen sich auf über eine halbe Milliarde, übersteigen also bei weitem das Handelsdefizit — gedeckt.

Es ist also ganz klar, daß bisher die Aufrüstung außer durch Herabdrückung des deutschen Massenkonsums vom Ausland finanziert worden ist — durch Einwilligung in die Nichtzahlung der Zinsen und durch die Lieferung nicht bezahlter Waren. Und Schacht versteht es, durch Manipulierung der einzelnen Außenhandelsbilanzen immer neue Länder in den Kreis der unbezahlten Lieferanten einzubeziehen.

Wie lange das noch fortgehen kann, ist un

Es ist verboten

Neue Geheiminstruktionen des Reichspropagandaministeriums an die Deutsche Presse, erste Märzwochen.

„Es war nicht erwünscht, daß in verschiedenen Zeitungen darüber berichtet worden ist, der preußische Ministerpräsident Göring habe dem Staatschanspieler Eugen Klöpfer zu dessen Geburtstag einen Mercedes-Wagen geschenkt.“

„Es ist dringend verboten, über Verfehlungen des bayerischen Wirtschaftsministers Esser zu berichten. Ebenso darf darüber nicht berichtet werden, daß Esser sich von der bayerischen Industrie Geldmittel für einen Kampffonds hat geben lassen, über den er weder der Reichsregierung noch der Parteileitung Mitteilung gemacht hat. Gerüchte, daß Esser sich bei dem Münchener Karneval der Tochter des Besitzers des Hofbräuhauses unziemlich genähert habe und von dem hinzukommenden Vater deswegen mißhandelt worden sei, dürfen unter keinen Umständen erwähnt oder demontiert werden.“

„Es ist nicht erwünscht, daß anlässlich des Todes des bayerischen Ministers Schemm erwähnt wird, daß dieser für seinen Privatgebrauch zwei Sportflugzeuge besessen habe.“

„Über die Aufnahme von Tankfabrikation in dem früher stillgelegten Werk Marienfelde der Daimler-Benz A. G. darf auch im Wirtschafts-Teil nicht berichtet werden.“

„Zur Information: Das Deutsche Apothekenwesen soll innerhalb von zwei Jahren entjudet werden. Jüdische Apothekenbesitzer, die bis zu diesem Termin ihr Geschäft nicht verkauft haben, sollen zugunsten arischer Bewerber enteignet werden.“

„Gerüchte über eine Ernennung des Herrn von Ribbentrop zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt an Stelle von Bülow sind nicht zu verzeichnen.“

„Die Reichsregierung erwartet von der gesamten deutschen Presse, daß sie die bedeutsamen außenpolitischen Ereignisse der nächsten Wochen absolut unter einheitlichem Gesichtswinkel betrachten wird. Es wird nochmals ernstlich darauf hingewiesen, daß jede Andeutung über zu erwartende Beschlüsse der Reichsregierung, sowie Betrachtungen über Notwendigkeiten, aus denen die Verhandlungsgegner gewisse Folgerungen ziehen können, unter allen Umständen zu unterbleiben haben. Es werden den Zeitungen fallweise geeignete Richtlinien zugehen.“

„Es erweist sich als notwendig, die Handelsredaktionen mit allem Nachdruck und unter Erinnerung an gewisse Konsequenzen darauf hinzuweisen, daß bei der Besprechung der deutschen Börsenvorgänge immer wieder die Belange der nationalen Wirtschaft zu wenig berücksichtigt werden. Es ist festgestellt, daß verschiedene Börsenberichte der letzten Zeit in manchen Bevölkerungskreisen Inflationsbefürchtungen hervorgerufen haben. Derartige Erscheinungen sind unter allen Umständen zu vermeiden. Es kann auch nicht Aufgabe der Handelsredaktionen sein, jede Kursschwankung an den Börsen als einen wichtigen Vorgang darzustellen.“

„Im Zusammenhang mit der geplanten Luftschutzbüchse sind erneut Gerüchte über sogenannte Todesstrahlen, mit deren Hilfe man feindliche Flugzeuge aus der Luft holen könne, verbreitet. Ohne daß die deutsche Heeresleitung dazu Stellung zu nehmen wünscht, würde sie es lieber sehen, wenn derartigen Gerüchten und auch Kombinationen über Möglichkeiten kein Raum in der Deutschen Presse gewährt wird.“

„Meldungen ausländischer Blätter, daß die Danziger SA mit Infanteriegewehren und scharfer Munition ausgerüstet werde und ebenso die Schutzpolizei, sind unter keinen Umständen zu veröffentlichen, auch nicht zu demontieren.“

Was nicht im Hitler-Aufwurf steht

Wollte Frankreich 1933 marschieren?

Den Aufruf, den Hitler am 16. März zur Begründung seines internationalen Staatsstreiches »An das deutsche Volk« erließ, ist in vielen Organen der Weltpresse scharf kritisiert und zurückgewiesen worden. Besonders interessant ist der Artikel, den Karl Radek in den Moskauer »Iswestija« vom 20. März gegen den Aufruf richtete. »Dieses Manifest — schreibt Radek — verbirgt die grundlegende Tatsache, daß das deutsche Monopolkapital die Faschisten an die Regierung ließ, um Deutschland bis an die Zähne zu bewaffnen und den Kampf für eine Neuaufteilung der Welt zu beginnen. Das Manifest des Herrn Hitler verbirgt die Tatsache, daß die faschistische Regierung im Verlauf von zwei Jahren mit eiserner Konsequenz das Programm verwirklichte, mit dem es an die Macht gelangt war.«

Radek verweist auf ein früheres Manifest Hitlers, das zum Verständnis seiner jetzigen Proklamation unerlässlich sei: auf den »Offenen Brief« Hitlers an Papen vom 16. Oktober 1932 (auf den schon Leo Trotzki im vorigen Jahr in einem viel beachteten Artikel hingewiesen hat). In diesem Offenen Brief, der am 21. Oktober 1932 im »Völkischen Beobachter« veröffentlicht wurde, suchte Hitler seinen damaligen Gegenspieler Papen dadurch zu diskreditieren, daß er dessen Taktik in Genf herunterriß. Hierbei deckte er unvorsichtigerweise die Grundlinien jener Politik auf, die er selber nach der Machtergreifung Zug um Zug verwirklichte.

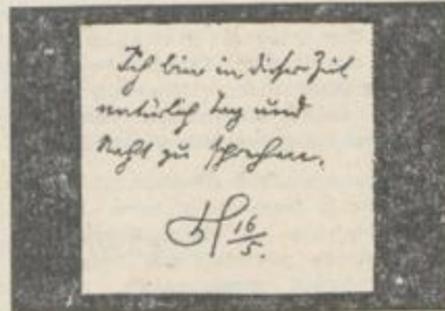
»Im allgemeinen — heißt es im Offenen Brief — werden auf Konferenzen niemals tiefgehende Veränderungen bestehender Zustände geschaffen, sondern immer bereits vollzogene Vorgänge ratifiziert. Die Kräfte, die das Leben wirklich gestalten, treten nicht am Konferenztisch in Erscheinung. Das Leben schafft einen bestimmten Tatsachenzustand und Konferenzen verwandeln ihn höchstens in einen formalen Rechtszustand.«

Zur Frage der Abrüstungsverhandlungen übergehend, erklärte Hitler weiter, daß der Bankrott der Abrüstungskonferenz unvermeidlich sei, da sich Frankreich niemals freiwillig mit der Aufrüstung Deutschlands einverstanden erklären würde. Deshalb müsse das Bemühen der deutschen Diplomatie darauf gerichtet sein, die Schuld an dem Bankrott der Abrüstungsverhandlungen Frankreich zuzuschreiben. Man müsse immer wieder die Abrüstung Frankreichs fordern, und dürfe keinesfalls auf der Konferenz mit der Forderung der Aufrüstung Deutschlands hervortreten:

»Nicht in Lausanne oder Genf wird aufrüstet, sondern letzten Endes in Deutschland. Und nicht in Genf kann eine solche Aufrüstung auf die Zustimmung der anderen Nationen rechnen.«

Wesentlich sei, fährt Hitler fort, daß die Umwelt vor eine vollendete Tatsache gestellt werde. Erst dann werde diese Tat-

sache auch internationale Anerkennung finden. Es sei auch nicht notwendig, die Genfer Abrüstungskomödie bis ins Endlose mitzumachen. Es genüge, den Willen Frankreichs, nicht abzurufen, vor der ganzen Welt klarzustellen, um dann die Konferenz mit dem Bemerkten zu verlassen, daß damit der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verletzt sei und Deutschland sich vorbehalten müsse, daraus unter Umständen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Gleichzeitig müsse man auch die Einheitsfront der Signatarmächte zu verhindern suchen und insbesondere einen Keil zwischen England und Frankreich treiben. Man sieht: die Taktik, die zwei Jahre lang von Hitler getrieben wurde, bis er am 16. März den Versailler Vertrag



zerriß, ist von ihm schon vier Monate vor der Machtergreifung in allen Einzelheiten dargelegt worden.

Nach der Machtübernahme war Hitler von panischer Furcht beherrscht, daß sein taktischer Plan durchkreuzt werden könnte. Besonders groß war seine Angst vor einem Präventivkrieg, den Frankreich und seine Bundesgenossen inszenieren könnten. Dr. Otto Kriegk hat in seinem Buche »Das Ende von Versailles« (Berlin 1934) die starken Beklemmungen geschildert, die die Hitlerregierung in den ersten Monaten ihrer Herrschaft durchmachte. Aus Paris seien Nachrichten gekommen, daß der französische Generalstab Vorbereitungen zu einem Einmarsch in Deutschland treffe. Im Mai 1933 habe man in Paris mit allem Ernst an die Besetzung einer Reihe westdeutscher Städte gedacht. Das war die Lage am 16. Mai 1933, deshalb habe Hitler am 17. Mai in seiner Reichstagsrede ein »Friedensprogramm« entwickelt, daß die militärischen Pläne Frankreichs zerschlug und England auf die Seite Deutschlands brachte. Hermann Stegemann bestätigte in seinem Buche »Weltwende« (Berlin 1934), das vom deutschen Propagandaministerium angelegentlich empfohlen wird, diese Darstellung Kriegks. Auch die »Deutsche Allgemeine Zeitung« hob nach dem Tode Hindenburgs in einem Artikel vom 12. August 1934 den ungeheuren Ernst der damaligen Situation hervor und veröffentlichte als Bei-

weis das (nebenstehende reproduzierte) Faksimile eines Briefes Hindenburgs an Staatssekretär Meißner vom 16. Mai, in dem er erklärte: »Ich bin in dieser Zeit natürlich Tag und Nacht zu sprechen.«

Radek faßt das Ergebnis seiner rückschauenden Betrachtung in folgenden Sätzen zusammen:

»Wir wissen nicht, ob die deutschen Behauptungen, daß Frankreich Westdeutschland und Polen Ostpreußen besetzen wollte, den Tatsachen entsprechen. Fest steht aber jedenfalls, daß Deutschland das befürchtete, und um Zeit zu gewinnen, eine »Friedensoffensive« eröffnete, deren Ziel es war, die französischen Verbündeten von Frankreich zu trennen und eine Brücke nach England hin zu schlagen. Erst nachdem Deutschland die Ueberzeugung gewann, daß Polen nicht nur nicht die Absicht hatte, gegen es aufzutreten, sondern zu einem Kompromiß geneigt war; und erst nachdem Deutschland sah, daß England sich den Anschein gab, daß es das deutsche Spiel nicht verstände, beschloß Hitler, den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz zu verlassen und das Tempo seiner Kriegsvorbereitungen zu beschleunigen. Noch einmal erwies sich Deutschland in einer Gefahrenzone, als im Juli 1934 Dollfuß ermordet und der von Deutschland geleitete Aufstand der österreichischen Faschisten unterdrückt wurde. Aber auch dieser Sturm ging ohne Folgen vorüber, die ernster gewesen wären, als die italienische Demonstration gegen den deutschen Versuch einer Okkupation Oesterreichs. Als im November 1934 der Sondergesandte Hitlers, Herr von Ribbentrop, die Bereitschaft der englischen Regierung feststellte, die deutschen Rüstungen zu legalisieren, wußte Deutschland, daß die erste Tour seines Kampfes ohne besonderes Risiko gewonnen werden könnte. Unter der Zusicherung, sich über alle strittigen Fragen zu verständigen, veranlaßte es die englische Regierung, einen Druck auf Frankreich auszuüben. Und nachdem es die prinzipielle Anerkennung der Möglichkeit der Aufhebung des Teiles V. des Versailler Vertrages im Kommuniqué vom 3. Februar 1935 erlangte, sagte sich Deutschland: Jetzt kann man ohne jegliches Risiko handeln. Wenn Europa sich an die deutschen Rüstungen so sehr gewöhnt hatte, daß es lediglich um den Preis für ihre Legalisierung feilschte, so brauchte man ihm auch diesen Preis nicht zu zahlen, sondern konnte durch einen einseitigen Akt die Aufrüstung offen proklamieren.«

»Dies ist — schließt Radek — die geschichtliche Wahrheit, die im Aufruf Hitlers nicht zu finden ist. Berlin feiert seinen Sieg und es hat ernste Gründe dafür. Aber dieser Sieg bedeutet eine gewaltige Verschärfung der Lage in Europa und rückt die Frage der Organisation der europäischen Sicherheit in ihrem ganzen Umfange in den Vordergrund.«

„Nur zur Information an die Handelsredaktionen, Veröffentlichung verboten: Die Arbeiterbank hat in letzter Zeit große Käufe von Daimler-Aktien vorgenommen, insgesamt 2 Millionen von 26 Millionen. Offenbar soll Erwerb einer sogenannten Sperrminorität (10 Prozent des Kapitals) erreicht werden. Um dem vorzubeugen, wird Daimler eine Kapitalerhöhung von 6 Millionen vornehmen, was durch große Aufträge seitens des Reichswehrministeriums möglich. Reichswehrministerium wünscht unter keinen Umständen Einfluß der Arbeiterbank auf Daimler.“

„Medizinische Kommentare zur Erkrankung des Führers sind unerwünscht.“

„Es wird daran erinnert, daß jede Berichterstattung über militärische Neuerungen, soweit sie das deutsche Heerwesen treffen, unerwünscht ist. Im Interesse der Reichspolitik ist es aber, die deutsche Öffentlichkeit dauernd über die militärischen Vorgänge bei den Nachbarn aufzuklären.“

„Es ist nicht erwünscht, bei der Erörterung der außenpolitischen Ziel-

setzung der Reichsregierung gewisse territoriale Fragen, wie sie durch die Versailler Klauseln geschaffen worden sind, anzuschneiden. Die von der Reichsregierung in Erwägung gezogenen Maßnahmen gestatten nicht, daß die außenpolitische Vorbereitung durch Presseerörterung gestört werden. Die Reichsregierung wird dem ihr geeignet erscheinenden Augenblick bestimmen.“

„Gegen die Leiterin der nationalsozialistischen Aktion »Mutter und Kind« mußte eine Untersuchung wegen angeblicher Unterschlagungen eingeleitet werden. Es ist bis zum Abschluß der Untersuchung nicht darüber zu berichten.“

Die Wehrpflicht der Müllkästen

»Selbst auf der deutschen Straße ist der neue Geist zu spüren... Die Müllkästen sind so stramm ausgerichtet, als hätten sie Haltung eingenommen. — — —

Aus einem deutschen Zeitungs-Feuilleton.

Die Sklaverei

»Ein Arbeiter in Frankenthal, dem Arbeit zugewiesen worden war, wurde in Schutzhaft genommen und auf die Dauer von

sechs Monaten dem Konzentrationslager Dachau zugeführt, weil er sich eigenmächtig von der Baustelle entfernt und grundlos die Arbeit verweigert hatte.«

(Aus der »NSZ-Rheinfront«.)

Deutschlands Weltstellung



»So, nun bleib still sitzen, Liebling. Du hast deine Ehre wiedergewonnen!«

(Populaire.)

Blick in die Woche

In der rheinischen Stadt Siegburg wurden dieser Tage neun mehr oder minder »alte Kämpfer« Adolf Hitlers wegen Meinelde zu Strafen zwischen 13 1/2 und 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Einem der sittlichen Erneuerer wurde nachgewiesen, daß er sieben seiner Kameraden unter Terror zum Meinelde gezwungen hat. Das Gericht schloß aus Gründen der Staatssicherheit die Öffentlichkeit aus und erklärte sich im übrigen für Begnadigung der Verurteilten, denn sie seien wackere Männer, die aus ehrenhaften Motiven gehandelt hätten. Sonderbar genug, daß man sie unter dem Druck einer noch immer nicht bis zur Höhe der Hitlermoral emporgestiegenen Bevölkerung überhaupt angeklagt hat, denn sie haben sich um das Dritte Reich wohl verdient gemacht. Durch ihre, wie man sieht, im Interesse der Staatssicherheit geleisteten Meinelde, sind im September 1933 die Sozialdemokraten Klett, Sattler, Schulz, Dick, Lemmer und Schröder zu insgesamt 61 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nur! Denn es wurde ihnen durch jene Elide vorgeworfen, sie hätten bei der Verteidigung des sozialdemokratischen Volkshauses in der Nacht zum 15. Februar 1933 den SS-Mann Müller erschossen, einen als Krawallbruder treu erprobten Gefolgsmann Adolf Hitlers. Daß das Volkshaus von Schüssen und Steinwürfen der Belagerer zahllose Spuren aufwies, die zeigten, wer angegriffen hatte, kam bei der Urteilsfindung nicht in Betracht. Es genügt für die Verhängung von 61 Jahren Zuchthaus, daß einer der Sozialdemokraten in höchster Not einen Schreckschuß abgegeben hatte. Auch daß die Schußverletzungen und die Lage des Müller auf der Straße die Vermutung fast zur Gewißheit werden ließen, er sei absichtlich oder bei der nervösen Schießerei unabsichtlich von seinen Kumpanen getötet worden, blieb außer Betracht.

Glücklicherweise brachten die meinelidigen Kerle das von der Bevölkerung gleich geforderte Wiederaufnahmeverfahren gegen die unschuldig im Zuchthaus ihrer Heimatstadt eingekerkerten Sozialdemokraten auf echte Naziart selber in Gang. In der Partei und in der Verwaltung befördert, sofften und hurten die Banditen, daß es ein öffentlicher Skandal wurde. Einer der Brüder, Bürgermeister von Siegburg geworden, wurde mit seinem Polizeinspektor wegen schweren Amtsmißbrauchs, gerichtlich verurteilt und aus dem Amte gestoßen. Die verurteilten Sozialdemokraten, bis auf den einen, der den Schreckschuß abgegeben hat, wurden aus dem Zuchthaus in Untersuchungshaft überführt. Das Wiederaufnahmeverfahren wurde schon vor Monaten beschlossen. Es kam und kam aber nicht vom Fleck. Nun wird es der große Nazi-Meineldsprozeß vielleicht etwas mehr in Gang bringen. Ob aber ein Gericht die durch Nazi-Schuffte schuldlos ins Zuchthaus gebrachten Sozialdemokraten freizusprechen wagt, steht noch dahin, von einer Entschädigung für die unschuldig erlittene Strafe und für die bittere Not ihrer Frauen und Kinder und die seelischen Qualen gar nicht zu sprechen.

Ein Einzelfall? Die Nachprüfung der in den letzten beiden Jahren ausgesprochenen Urteile durch unparteiische und nicht vor Angst bibbernde Richter würde ergeben, daß ungezählte Jahre Kerker auf Meinelde beruhen wie in Siegburg, und wer weiß, wie viele sozialistische und Arbeiter den Kopf unter Görings Henkerbeil legen mußten, weil Parteigänger Hitlers falsch geschworen haben — aus »ehrenhaften Motiven«.

Der Reichswehrminister Blomberg hat im »Völkischen Beobachter« einigen Aufschluß über die noch ausstehenden Einzelbestimmungen der allgemeinen Wehrpflicht gegeben. Die Dürftigkeit seiner Darlegungen läßt vermuten, daß man vielleicht mit dem neuen Wehrgesetz hinter dem Berge halten will, bis sich das Unwetter, das über die europäische Diplomatie hereingebrochen ist, etwas verzogen hat. Aber eine wichtige innerpolitische Mitteilung hatte Blomberg zu machen, und die ist selbstverständlich »sozialistische«: das Einjährige wird abgeschafft. Wäre dem so, nur eine alte sozialdemokratische Forderung wäre damit erfüllt. Leider bewegt sich aber der Reichswehrminister in nur sehr ungenauen und absichtlich verschleierte Ausdrücken. Er deutet an, daß auch die neue Armee Bevorzugungen in der Dienstzeit und in der Beförderung kennen wird. Nur soll die Schulbildung — angeblich — außer Betracht bleiben. Was Wunder, da den allermeisten Nazibonzen, wie Hitlers Beispiel zeigt, bei

allem guten Willen und ausreichendem Geldbeutel ihrer Eltern nicht möglich ist, die Sekundarstufe zu erreichen. Man wird also andere Wege suchen und finden, das Avancement für diejenigen zu erleichtern, die der regierenden Naziclique und ihrer Reichswehr angenehm sind. Jeder, der selbst oder von seinen Eltern her im Verdacht der Unzuverlässigkeit steht, wird die allgemeine Dienstpflicht als Gemeiner zu absolvieren haben, ohne auch nur den Rang des deutschen »Führers«, also des Gefreiten zu erreichen. Die Gemeinen werden von den Unteroffizieren aus dem braunen Bonzenstande und erst recht von der Offizierskaste streng geschieden sein. Es wäre eine lächerliche Illusion, anzunehmen, daß in einem Staate, der in allen seinen Funktionen auf dem Führerprinzip oben und auf der Duckmäusererei unten beruht, ein wirkliches Volkshoer kommen könnte.

Die großen Gedanken eines Volkes in Waffen für die Wahrung seiner inneren und seiner äußeren Freiheit leben in der sozialistischen Tradition von Friedrich Engels über August Bebel zu Jean Jaurès und sind im Erfurter Programm und seinen Erläuterungen klassisch formuliert. Sie werden Wirklichkeit werden in einem Deutschland sozialistischer Freiheit.

Es gibt in Deutschland keine Klassen mehr. Eine einige und einzige Volksgemeinschaft lebt, die nun stets zum Schutz und Trutz brüderlich zusammenhält. So versichert uns täglich die nationalsozialistische Presse, und ihr Führer predigt es in allen seinen Reden, aber das Einkommen dieser deutschen Brüderschaft ist so unbrüderlich wie nur möglich verteilt. 65 v. H. aller erwerbstätigen Deutschen bleiben unter einem Monatslohn von 125 Mark, und weitere 25 v. H. erreichen auch nur bis zu 250 Reichsmark monatlich. Die NS-Kulturgemeinde scheint von diesen Einkommensverhältnissen noch nichts erfahren zu haben; sie scheint nur noch die Nazibonzenkaste zu kennen. Darauf läßt die jüngst in Berlin eröffnete Ausstellung »Kultur im Heim« schließen, die den Deutschen mit proletarischem Einkommen zumutet. Ihre Häuslichkeit mit Stehlampen zu 100 Mark, mit Obstschalen zu 30 Mark, mit Teppichen zu 175 Mark, mit Sesseln zu 145 Mark und Schränken zu 1000

Mark zu schmücken. Das Ebestandsdarlehen mit 1000 Mark, das jetzt auch nur noch zögernd gegeben wird, reicht gerade aus, einen solchen Schrank zu kaufen. Die Ausstellung beweist, daß den nationalsozialistischen Wohlfahrtsdamen, wie es bei ihren bürgerlichen und feudalen Vorgängerinnen stets der Fall war, der Sinn für eine Wohnungskultur, die den breiten Volksschichten dient, vollkommen fehlt. Die Produktions- und Erziehungsarbeit, die für den Bau und den Schmuck gesunder Arbeiterbewegung geleistet wurde, ist seit zwei Jahren abgebrochen, und die auf persönliche Bereicherung und üppige Lebensform bedachte nationalsozialistische Bonzenschicht hat für die Massen keinen Ersatz zu bieten.

Der Hauptschriftleiter der »Kölnischen Zeitung« und ihres »Stadt-Anzeigers« Dr. Schäfer war für einige Tage eingesperrt, weil er gewagt hatte, an der parteiamtlichen Kontrolle über den Bezug bestimmter Zeitungen sanfte Kritik zu üben. Daß er rasch wieder frei kam, verdankt er wohl nur dem Umstande, daß sein Blatt eine der zwei oder drei deutschen Zeitungen ist, die im Auslande noch beachtet, und die daher vom Reichsaussenministerium im Rahmen seiner schwachen Befugnisse etwas geschützt werden. Immerhin ist ein Ehrengerichtsverfahren gegen ihn anhängig mit dem Ziel der Streichung aus der Berufsliste, also der Existenzvernichtung. Mehr als das interessiert an dem Falle dies: der sündige Schriftleiter befand sich in dem schönen Wahn, die Kontrolle über den Bezug bestimmter Zeitungen durch die Partiestellen, also der brutalste geschäftliche Terror auf Bezieher und Inserenten sei nicht mehr zulässig. Demgegenüber wird feierlich erklärt, der Präsident der Reichspressekammer, Reichsleiter A. Mann, als Geschäftsführer des »Völkischen Beobachters« und des zentralen Parteiverlags sei Hauptinteressent, habe nach wie vor angeordnet, daß die Kontrolle, welche Zeitung ein Staatsbürger beziehe, eine wichtige Aufgabe der NS-Presse sei. Die »Kölnische Zeitung« gibt kleinlaut zu, daß sie unrichtig informiert worden sei und fügt sich, wie so viele andere deutsche Zeitungen mit ihr, in das Schicksal allmählich ruiniert zu werden.

Ein nationales Mädchen für alles

Zeppelinomanie und Kriegspsychose — Herr Doktor Eckener hat es wieder einmal geschafft

Es wäre ganz unbegreiflich gewesen, wenn im chaotischen Finale der hitlerdeutschen Kriegsvorbereitungen eine deutsche technische Errungenschaft, über deren Wert sich die Problematiker und die Praktiker der Aviatik bisher nicht haben einigen können — wenn nicht der »Zeppelin« mit allen militärpsychologischen Drum und Dran dabei mitwirkend gewesen wäre. In der Tat ist vierundzwanzig Stunden nach Verkündung des Bruchs, den Deutschland hinsichtlich der Militärbestimmungen des Versailler Vertrags unternommen hat, unter Vorsitz des frischgebackenen »Fliegergenerals« Göring eine Luftschiff-Verkehrsgesellschaft mit dem Sitz Berlin gegründet worden, die sich auf neun Millionen Mark vom freigebigen Reich gestifteter Kapitalgrundlage stützen darf und bei der als Aufsichtsratsvorsitzender — nun, wer könnte es schon anders sein?! — Herr Dr. Eckener fungieren wird. Im übrigen hat Göring seine treuesten blonden und blauäugigsten Mamelucken, so den Commodore Christensen, einstigen Führer der längst wieder vergessenen, technisch ganz verkorkten Do X, den er schon zum Polizeipräsidenten avancieren ließ, dort, bei den geduldeten neun Millionen, zur Zivilversorgung untergebracht.

Wer es einmal unternehmen sollte, die Geschichte des neupreußischen Militarismus zu schreiben, und von ihm eine Art Psychoanalyse zu geben — von diesem Gemisch von vulgarem kategorischem Imperativ, Technomanie, uniformierter Verstofflichung, Zahlenwahn und Kraftpsychose — der kann nicht an den deutschen Zeppelinen und ihrer beinahe grotesk-tragischen Geschichte vorbei. Was hieß und wog bei dieser Psychose das ernste Grundproblem der Aviatik »leichter« oder »schwerer als die Luft«?! Wir, einzig wir, hatten sie ja doch, die schimmernden Elefanten des Aethers, vor denen einmal England, das perfide, im bisher unerreichbarem Inselraum, erzittern sollte! Das war so die Grundstimmung ums Jahr 1914 herum...

Das Kurioseste war, daß sich sogar anfangs die kühlen Engländer tatsächlich dadurch bange machen und bluffen ließen. Dann kam die große Probe aufs Exempel. Am Ende stand — nach einer Hekatombe schauerlich geopfelter Menschen und nach Verwüstung des letzten moralischen Kredits Deutschlands — das absolute Urteil aller militärischen Sachverständigen der ganzen Welt: die Zeppelinen sind für die Kriegsführung völlig unbrauchbar; ihr eventueller Nutzen steht in gar keinem Verhältnis zu den Kosten ihrer Konstruktion und den Opfern ihrer Unterhaltung. Noch nicht einmal für den bescheidenen »Aufklärungsdienst« — bei der einzigen Entscheidung, die damals zur See, bei Skagerrak, fiel, waren sie tauglich verwendet worden. Das Wichtigste aber, daß Militärdeutschland jahrelang seine Mittel in den formidablen Traum des schwäbischen Grafen gesteckt hatte und dafür das brauchbare Instrument moderner Kriegsführung, das Flugzeug, fast ganz vernachlässigt hatte, begriff das Volk der Dichter und Denker auch noch nicht, als das militärische Todesurteil an der Zeppelinitis schon vollstreckt war. Nichts ist bezeichnender für den Geist, der wieder in Deutschland umgeht, als daß die »Wiederwehrrhaftmachung« der Deutschen nicht abgeht, ohne daß jetzt das technische Problematikum, das der kritiklosen Masse nun einmal imponiert, wieder, koste es, was es wolle, eine militante Rolle spielen muß.

Wer wundert sich, daß bei diesem halb tragischen, halb belustigenden Spiel der knorke Regisseur Dr. Eckener an vorderster Stelle das Händchen mit aufhält?! Ist dieser Eckener nicht ein Typus des Deutschen, wie er nicht sein soll, im Wilhelmismus aber so gezeugt und geformt wurde, daß nur an diesem Typus das weltgeschichtlich unerhörte Clownsexperiment der »Gleichschaltung« möglich war? In der »Frankfurter Zeitung« hatte Herr Eckener einmal jahrelang die Zeppelinen als technisch im Prinzip verfehlt bekämpft. Nichts hinderte ihn spä-

ter, als die Reichszuschüsse nach Millionen zu zählen anfangen, mit beträchtlichem Gebrauch des Ellenbogens eines strebsamen Mannes den goldenen Ruhm der deutschen Luftschiff-Autorität für sich einzuheimsen. Von der Sache selbst verstand er weniger als seine Bordmonteure; aber dafür bedurfte die Zeppelinitis eines nach amerikanischen Begriffen ausgefuchsten Geschäftsmannes... Herr Eckener wurde — natürlich ein sehr entschiedener Republikaner als die Republik kam. Gegen Herrn Hitler schwang er noch bei der letzten Präsidentenwahl zwar nicht seinen Speer, aber seinen Füllfederhalter. Nun ist er ganz »alter Kämpfer« im Dritten Reich! Ein nordischer Typ, was dieser Eckener? So etwas von einem Wikinger hat er an sich, nicht wahr? Nur das mit dem gutgefütterten Bankkonto, das hat es zu Osafs Zeiten freilich noch nicht gegeben. Krieg und Geschäft, Patriotismus und Busineß — wo wäre die beliebte Mischung aromatischer als hier!

F. E. Roth.

„Volksgemeinschaft“ an der Saar

Aus Saarbrücken schreibt man uns:

Wie der saarländischen Presse aus den jüngsten Tage zu entnehmen war, hat das neuerrichtete »Büro des Reichskommissars für die Rückgliederung«, also Seine braune Hoheit Herr Bürckel selbst, folgende Verfügung erlassen:

»Die Stahlhelm-Ortsgruppe Sulzbach hat es für notwendig gehalten, ein Telegramm des Reichsministers Seidte zu verbreiten, in welchem dieser den Führer des saarländischen Stahlhelms angewiesen hat, sofort mit dem Reichskommissar Gauleiter Bürckel in Verbindung zu treten und den Stahlhelm mit den alten Kameraden neu zu organisieren. Die Verbreitung dieses Flugblattes stellt eine Auflehnung gegen das erlassene Verbot dar. Das Verhalten des Stahlhelms am Befreiungstage, an welchem diesem sowie allen anderen Verbänden aus grundsätzlichen Erwägungen eine Beteiligung am Vorbemarsch an dem Führer verboten wurde, liegt auf der gleichen Linie. Damit das Verbot umgangen werden konnte, hatte man eine Abteilung Stahlhelm aus Stuttgart kommen lassen, die sich sodann am Vorbemarsch beteiligte. Um auch den letzten Zweifel zu beseitigen, wird erklärt, daß es bei der allerstrengsten Durchführung des erlassenen Stahlhelmverbotes bleibt. Der Flugblattverteiler bzw. der Urheber der Verbreitung befindet sich in Haft. Die zwischen dem Reichskommissar Gauleiter Bürckel und dem Stahlhelmführer für den 2. Mai 1935 angesetzte Aussprache ist auf Grund des Vorkommnisses auf den 2. Juni 1935 verschoben worden.«

Die »Saarbrücker Zeitung« vom 24. März bringt dieses Bulletin des regierenden braunen Tyrannen in Fettdruck auf Seite 2. Auf Seite 4 aber verabschiedet sie die nunmehr beendigte Tätigkeit des »Bundes der Saar-Vereine«. Bei einer Wiedersehensfeier, welche die »Bundeskameraden« sich in Saarbrücken gegeben haben, sagte der Hauptredner Vogel (nach dem Bericht der Zeitung):

»Wir sind stolz darauf, daß wir unsere überparteiliche Linie niemals verlassen haben und den Gedanken nationaler Volksgemeinschaft in unserer Saarvereinsarbeit verwirklicht, wie er heute im nationalsozialistischen Staat seine höchste Vollendung gefunden hat.«

Es gehört, wenn man von dem böartigen Konflikt dieser beiden Rivalen, Stahlhelm und Nazis, soeben Kenntnis genommen hat, doch wohl eine ganze Portion Mut dazu, an diese Behauptung die entsprechende Drucker-schwärze zu verschwenden.

Wie mag es übrigens um die »nationale Volksgemeinschaft in der Vollendung« beim Reichskabinett selbst aussehen, wenn ein Telegramm eines immer noch amtierenden Reichsministers die Empfänger mit dem Kittchen des nationalsozialistischen Staates bekannt macht? Aber das mögen am besten die Saarländer selbst beantworten, von denen neunzig Prozent es ja so gewollt haben!

Freizeitpflege

In einer Hildesheimer Zeitung finden sich unmittelbar nebeneinander folgende Ankündigungen:

Schlachtfestfahrt nach Lechstedt, Hauptschriftleiter des Stürmer, Karl Holz, spricht, er leuchtet hinein in die Geheimnisse des Judentums. Bund deutscher Mädel: Antreten! Quetschkommode mitbringen!

Militärkonzert: 2. Teil Armeemarsch, großer Zapfenstreich mit Gebet.

Nur ein paar nebensächliche Bekanntmachungen, aber Hitlers ganze Gefolgshaft, wie sie brüllt und haßt, schließt und betet taucht vor uns auf.

Der Heilige Thomas Morus

Am 1. April 1935 tritt im Vatikan das Konsistorium zusammen, um im Jahre seines vierhundertjährigen Todestages die Heiligsprechung des einstigen englischen Lordkanzlers Thomas Moore und des mit ihm zugleich auf dem Schafott verbluteten Londoner Bischofs Fisher zu beschließen. Diese Kanonisation bedeutet nicht nur eine Verlängerung des endlosen Verzeichnisses katholischer Heiliger, sondern auch eine Verneigung vor einem Manne, dessen schriftstellerisches Werk im Kampfe um die Befreiung der unterdrückten Klassen eine nicht nur auf seine Zeit beschränkte Wirkung gehabt hat. Karl Kautsky hat ihm eine Schrift gewidmet, Max Beer behandelt sein Werk in seiner »Allgemeinen Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe« sehr ausführlich, und wenn die Worte »Von der Utopie zur Wissenschaft« aus einem Buchtitel zu geflügelten Worten geworden sind, ist auch das ohne Moore nicht denkbar, denn er hat das Wort Utopia oder Utopie erst geschaffen.

Es war im England der Regierung Heinrichs VIII., jenes jugendlichen Frevlers auf dem Thron, der seine politischen und persönlichen Schwierigkeiten jeweils durch den Scharfrichter zu beseitigen pflegte. Wirtschaftlich war diese Epoche durch das Emporsteigen des englischen Handelskapitals gekennzeichnet, das die alten Dorfgemeinschaften zertrümmerte, um die Bauern von ihren Ländereien zu vertreiben und den Grundherren die Möglichkeit zu geben, Schafzucht zu treiben und sich am Wollhandel mit Flandern zu bereichern. Politische Despotie und wirtschaftliche Verelendung des Volkes ergänzten sich, wie so oft in der Geschichte der Menschheit, zu gemeinsamem Unheil.

Thomas Moore, der seinen Namen nach damaliger Humanistensitte in Morus lateinisierte, entstammte nicht den darbenben Schichten des englischen Volkes. Sein Vater war Richter, der Sohn erhielt eine vorzügliche Erziehung, besuchte auch die berühmte Universität von Oxford und studierte neben der Rechtslehre, innerem Antriebe folgend, Theologie und Philosophie. Schon in jungen Jahren war er ein weit über die Grenzen Englands hinaus berühmter Gelehrter und als seine juristische Tätigkeit ihn auch zum höchsten Beamten des Königreiches, zum Lordkanzler, emporsteigen ließ, konnte er als eine der repräsentabelsten Persönlichkeiten Englands in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewertet werden. Wir haben heute, in dieser ungeheuren Wirtschaftskrise, um so mehr Veranlassung, uns seiner zu erinnern, als er, seiner Zeit weit voraus, der erste war, der, nach einer fast zweitausendjährigen Pause, wieder wie Plato, die Auffassung vertrat, daß das Glück der Menschheit eine radikale Aenderung der Eigentumsverhältnisse voraussetze, und diesen Standpunkt eingehend begründete.

Morus sah, wie er in dem ersten, sozialkritischen Teil seiner »Utopia« ausführt, daß in einem Lande, in dem die Adligen, Bankiers, Wucherer und Hofleute die größten Belohnungen und Gebühren erhalten, während für die Bauern, Landarbeiter, Schmiede, Tischler, Bergleute und andere Arbeitsleute, ohne die das Gemeinwesen gar nicht bestehen könnte, gar keine Vorsorge getroffen wird, — daß es in einem solchen Lande keine Spur von Recht und Gerechtigkeit geben könne. Das Schicksal der Arbeitsleute sei sogar schlimmer als das der Arbeitstiere; Armut sei ihr Lohn, so lange sie kräftig genug seien, beschäftigt zu werden, und Elend, wenn Alter und Krankheit sie arbeitsunfähig machten. Die Gesetze seien stets gegen sie, die bestehende Ordnung nur eine Verschwörung der Reichen, um ihr eigenes Wohlergehen zu sichern.

Infolge der erschütternden Erfahrungen, die Morus mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft und der Verdrängung der Naturalwirtschaft machte, sah er die Wurzel allen Übels im Gelde selbst. Seiner Meinung nach würden alle Verbrechen aufhören, wenn man die Einrichtung des Geldes beseitigte. Sogar die Armut, die doch scheinbar aus Mangel an Geld entstehe, würde verschwinden, wenn das Geld verschwände.

Bevor Morus dann seine Ideen über

eine bessere Organisation der Menschheit auseinandersetzt, befaßt er sich mit dem heute noch genau so aktuellen Problem Reform oder Revolution, ohne sich allerdings eindeutig zu entscheiden. Er bringt Gründe für und wider, zitiert Plato, der es als zwecklos abgelehnt habe, Gesetze für ein Land zu machen, in dem Sondereigentum herrscht, meint aber auch, man dürfe sich Reformen in einem kapitalistischen Staate nicht entziehen, denn »man darf das Schiff inmitten eines Sturmes nicht deshalb aufgeben, weil man nicht imstande ist, den Sturm zu beherrschen . . . man muß vielmehr klug zu Werke gehen und die Sache diplomatisch behandeln, so daß, wenn man nicht in der Lage ist, das Beste zu erreichen, man wenigstens das Schlimmste verhütet.«

Um den praktischen Schwierigkeiten auszuweichen, die sich aus der ungelösten Frage nach dem besten Weg zu einem gemeinwirtschaftlichen Staat ergeben, läßt Morus seinen Helden Utopus eine rauhe

vor der Verneinung des geheiligten Privatbesitzes nicht zurückgeschreckt ist. Seine in Aussicht genommene Heiligsprechung verdankt er allerdings nicht diesen wahrhaft revolutionären Gedanken, sondern dem Märtyrertod, den er dafür erlitten hat, daß er es mit seinem katholischen Gewissen nicht glauben vereinbaren zu können, einer der Ehescheidungen seines königlichen Herrn nachträglich seine Zustimmung zu geben.

Morus hat in seiner Konstruktion nicht etwa schon die 250 Jahre später proklamierten Menschenrechte vorweggenommen. Der spätere englische Lordkanzler sieht keine Möglichkeit, seine Gütergemeinschaft zur Grundlage des Staates zu machen, wenn es nicht doch Leibeigene für die schmutzigen und beschwerlichen Arbeiten gibt, und es ist für unser heutiges Empfinden ein schwacher Trost, daß er die Leibeigenschaft auf Sträflinge und landfremde Arbeiter beschränken will, auch darin Platos Spuren folgend, dessen ge-

noch immer herumdoktern, da eben Morus nicht vermocht hatte, seine utopischen Ideen in europäische Wirklichkeit umzusetzen.

Die Bedeutung der »Utopia« wird durch diese Feststellung nicht geschmälert. Sie leitete eine endlose Reihe utopischer Romane ein, die den Menschen bessere Welten — mit und ohne Privateigentum — vorführten, sie stand an der Wiege der praktischen Versuche Owens und ist schließlich die Mutter aller modernen Parteiprogramme, im besonderen aber jener, die sich die Befreiung der Menschheit durch Ueberwindung des Privatkapitalismus zum Ziel gesetzt haben.

Grenzen der Mystik

Die Intellektuellen und das Dritte Reich.

»Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« waren für das in die Geschichte tretende Bürgertum keineswegs »betrügerische Parolen«, sieht man von dem in ihnen enthaltenen Selbstbetrug ab. Vielmehr ging es u. a. darum, die allgemeinen Voraussetzungen der kapitalistischen Entwicklung zu schaffen. Wenn nun heute der Geist des liberalen Bürgertums kaum noch vorhanden ist und sich auf allen Gebieten grundlegende Wandlungen vollziehen, so muß man doch beachten, daß dieser Entwicklung gewisse Grenzen gesteckt sind. Die Diskussion um die Stellung der Wissenschaft im Dritten Reich liefert ein interessantes Beispiel für diese Behauptung.

Der aufsteigende Kapitalismus brauchte die freie Wissenschaft, die Schule und die Bildung, ohne sie wäre er nicht denkbar. Aber er braucht sie auch noch heute, wie auch andere Kreise sie nicht mehr entbehren können. Das führt nicht nur dazu, daß jene mit der wissenschaftlichen Forschung auf Tod und Leben verbundene Gesellschaftsschichten sich gegen die Bedrohung der Wissenschaft durch das Rasseprinzip wenden, sondern bringt es auch mit sich, daß Vertreter der entwickeltesten Bourgeoisie in den verschiedensten Formen gegen die nationalsozialistische Mystik ankämpfen müssen, die für die Forschung und damit für die kapitalistische Produktion selbst eine große Gefahr darstellt. Die nationalsozialistische Geisteshaltung ist nicht die des Großbürgertums, sondern — im Großen gesehen — die des versinkenden und darum in die Mystik sich flüchtenden Kleinbürgertums, das keineswegs im selben Maße auf die Wissenschaft angewiesen ist, wie das moderne Großbürgertum. Ist auch dieses auf vielen Gebieten mystischen Ideologien zugänglich, so ist es doch andererseits gezwungen, weitaus realer und nüchterner zu denken als andere Schichten. Das Laboratorium der I. G. Farben z. B. kann nicht den Geist von Rosenbergs Mythos atmen. Und darum finden wir in der »Frankfurter Zeitung« stets große Artikel gegen die heutige Mystik. Und umgekehrt Angriffe der Mystiker gegen sie und die DAZ. Die genannte Zeitung fragte z. B. in einem großen Artikel auf der ersten Seite ihres Blattes: »Intellektuell, — ein Aergernis?« und beklagte sich darüber, daß man in Deutschland nicht den feinen Unterschied zwischen »intellektuell« und »intellektualistische« macht, wie es die Engländer tun. Freilich, heißt es weiter, gibt es Menschen, die überschätzen die Möglichkeiten des Verstandes. Aber das sind eben die »Intellektualisten« und für die normale Geistestätigkeit habe der Engländer die Bezeichnung »intellektuell«. In Deutschland aber, so wird geklagt, ist mangels Differenzierung jeder Intellektuelle der Gefahr ausgesetzt, ein Aergernis zu sein. »Das hat leider dazu geführt, daß — der Sicherheit halber — alle Intellektuellen zur Zeit in einen unangenehmen Ruf gekommen sind. Das tut uns Deutschen auf die Dauer nicht gut.« Eine sehr interessante Erkenntnis!

Ob der Verfasser dieses Artikels an die SA-Methoden in den Konzentrationslagern gedacht hat, als er schrieb: »So wenig man die Kraft verachten wird, weil sie mißbraucht werden kann, ist nicht klar ersichtlich, aber aus der Fortsetzung dieses Satzes könnte man das entnehmen. Denn sie lautet: . . . so wenig sollte man den Intellektuellen schmähen, weil es einen Mißbrauch geistiger Fähigkeiten gibt.« Die Kraft mißbrauchen, sind nämlich — gerade darum! — genau dieselben, die ihren Mangel an geistigen Fähigkeiten dadurch erträglich ma-

Auferstehung



und regenlose Halbinsel erobern und sie durch seine politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen zu einer Wohnstätte der Glückseligen (auf Griechisch Eutopia) entwickeln. So kann der Verfasser, ohne Rücksicht auf widerstrebende Kräfte nehmen zu müssen, organisieren und braucht sich um den Zwiespalt Reform oder Revolution nicht zu kümmern, denn es ist noch nichts vorhanden, das revolutioniert oder reformiert werden könnte. Er wird neu gebaut, wie es im Leben nirgends möglich ist, und so entsteht das, was man seit Morus eine Utopie nennt.

Trotzdem bleibt in vielen Punkten interessant, wie sich Menschen vor vierhundert Jahren eine bessere Organisation vorgestellt haben, und es ist ein besonderer Ruhmes-titel Moores, daß er in seiner Denkarbeit

gesellschaftspolitische Grundsätze auch nur für eine Oberschicht gedacht sind, die sich durch Sklaven- und Ausländerarbeit ernährt. Doch ist Moores Staat immerhin schon als demokratischer Bund autonomer Kreise gedacht, mit Präsidenten an der Spitze, die auf Lebenszeit gewählt werden und nur abgesetzt werden können, wenn begründeter Verdacht besteht, daß sie nach der Tyrannei streben, es herrscht allgemeine Schulpflicht (in Europa hat es noch Jahrhunderte gedauert, bis es so weit war) und Religionsfreiheit, allerdings nur innerhalb des Bekenntnisses zu Gott, eine Toleranz, wie sie mehr als 200 Jahre später Lessing noch immer vergeblich fordern mußte, der Krieg galt als grob und grausam, aber die Landesverteidigung wurde bejaht, und vieles andere mehr, an dem wir Menschen des 20. Jahrhunderts

Deutschland über alles

Wenn in Hitlerdeutschland geboxt wird!

chen, daß sie diese als ein öffentliches Aerger-
nis kennzeichnen. Andererseits steht die F. Z.
aber auch sehr richtig, daß die Intellektuel-
len in Deutschland darum in ein schlechtes
Licht gerieten, weil viele »anstatt in Würde
ihre geistige Position zu wahren, eifertige
Bekanntnisse gemacht haben, deren
Echtheit niemand glauben konnte.«

Nicht etwa, daß alle »gegen den über-
mächtigen Strom hätten schwimmen« sollen,
nein, nein, etwas mehr Würde, das hätte
schon genügt.

Aber nun erhebt sich die nachdenkliche
Frage: Wo war die Würde des Herrn Kircher
von der »Fkf. Ztg.« beim Anbruch des Drit-
ten Reiches, und wie würde es um seine Wür-
de heute stehen, wenn nicht hinter seinem
Blatte großindustrielle Kräfte stünden?

Was ist ein Emfer?

Die Fremdwortverteilung — »Deutscher
rede deutsch« — wird im Dritten Reiche wie-
der einmal mit Volldampf betrieben, man fühlt
sich an die schönsten Kriegszeit erinnert.
In der »Deutschen Handelsschulwarte« z. B.
erschien ein Aufsatz von Werbart Weid-
müller mit der Ueberschrift: »Der Anbiets-
empfänger als ein Schlüsselbegriff für
den Werbunterricht«. Anbietsempfänger ist
offenbar, wer eine Anbiets empfängt. Aber
unser »Werbwart« gibt sich mit seiner sprach-
lichen Neuschöpfung nicht zufrieden. Ein Be-
griff, der etwas auf sich hält, muß sich im
Dritten Reiche abkürzen lassen, also verwan-
delt der Autor seinen Anbietsempfänger in
einen »Emfer« und versichert seinen jugend-
lichen Lesern, man könne als Kaufmann sehr
viele »Emfer« bestreuen. Wenn die Emfer
bestreut werden sollen, müssen sie zunächst
in Kolonnen ausgerichtet sein, deshalb teilt er
sie in nichtbezielte, nichtwerbgeleitete
und Treffemfer ein, in Anbietsucher und
Nichtsucher. Für die Anbietsucher wiederum
gibt es eine besondere Art von »Such-
michwerbsachen«.

Die Handelschüler und Leser der »Deut-
schen Handelsschulwarte«, eines durchaus
schuloffiziellen Blattes, werden ihre armen
Köpfe gewaltig anstrengen müssen, um ja
keinen Emfer zu überspringen. Wie sagt man
in Deutschland? »Unsere Schüler lernen bei
ihren Lehrern zwar nichts — aber das lernen
sie gründlich.«

Das private Konzentrationslager

Auf einem Schulungsabend des »Reichs-
verbands der deutschen Pressen«, Landesverband
Niedersachsen, sprach in
Hannover der Chefredakteur des »An-
griffe«, Schwarz van Berk. Er nannte
seinen Vortrag »Geständnisse eines
Journalisten«. — Und er gestand wirklich
sehr viel. Er begann damit, daß er den an-
wesenden Kollegen so etwas wie journalisti-
schen Exerzierunterricht gab. Unfreiwillig
war wohl die Ironie, die in seine »Geständ-
nisse« strömte. So sprach er davon, daß die
deutsche Presse, »noch nicht recht ein-
geübt« sei und deshalb manchmal »falsche
Griffe gemacht« würden. Diese
»Uebungsfehler« gütete es, »auszuschei-
den«. Die Regierung, so sagte der journali-
stische Vertrauensmann des Propagandami-
nisteriums, »habe gar nichts dagegen, wenn die
Presse ihr eigenes Gesicht zeigt«. Sie müsse
aber vor allem dafür sorgen, daß die Leser
»herausgerissen würden aus dem privaten
Konzentrationslager der geistigen Gleichgül-
tigkeit!« —

Als der amerikanische Boxer Hamas in
der Hamburger Sporthalle von dem Deutschen
Schmeling knock-out geschlagen worden war
— die Nase des Bürgers der Neuen Welt war
zuletzt nur noch ein blutiger Fleisch- und
Knorpelknoten, das eine Ohr war angeschla-
gen und wir werden sehen, daß auch »sein
Gehirn gründlich durcheinandergerüttelt« war,
wie es das offizielle Schlachtbulletin nicht
verbergen konnte — so registrierte die
Politik nach diesem »Ereignis« der Fünf-
undzwanzigttausend auf jeden Fall folgende
Wesentlichkeiten: Erstens: Max Schmeling
bezeichnete es als sein größtes Glück,
nach vollbrachtem Werk, daß der »Führer«
selbst ihm telegraphisch seine Huldigung
übermittelt habe. Und zweitens: Mr. Hamas
erhielt die Einladung, auf dem hohen
Salzberg, auf des »Führers« und Reichskanz-
lers Landgut, in acht oder in vierzehn Tagen
Nase, Ohr und Gehirn wieder auszukurieren.

Bei dieser Mischung des Sportlichen und
des Politischen ist es in jedem Falle lehrreich,
wenn auch vielleicht trostlos, am einzelnen
Falle zu studieren, in welche Niederungen
einerseits sich etwa der Nationalismus führen
läßt, ohne daß sich die Haare der Miterleben-
den einzeln sträuben (im Gegenteil, jene tun
mit heißer geschrieenen Kehlen und mit im
Krampf gestreckten Aermeln mit) und bis
zu welchem hohen Grade andererseits eine
geschundene menschliche Nase oder ein leicht
blau geschlagenes Auge idealisiert und ins
Transzendente überführt werden können.
Lesen wir (in der offiziellen und gleichge-

schalteten Fachzeitung dem Berliner »Der
Boxsport« aus acht oder neun vollen
Spalten, die alle nur dem Ereignis gewidmet
sind) das Wesentliche darüber: So fängt's an:

»Fünfundzwanzigttausend Menschen waren
für 35 Minuten eine einzige zusammen-
geschweißte Einheit, die spontan zum Sieg-
Holl kam, die ebenso spontan das Deutsch-
landlied anstimmte. Und von dieser
halben Stunde zehren sie, leben
von ihr, begeistern sich an ihr.«

Wie kurz und bündig ist doch hier in ein
paar Sätzen das ganze Geheimnis des Dritten
Reiches eigentlich enthüllt! Was nun das
Deutschlandlied angesichts der ge-
schundenen Vorderfassade des Amerikaners
anbetrifft — so ging das nach unserem Ge-
währmann aus dem »Boxsport« folgender-
maßen vor sich:

»Als Schmeling zum Sieger ausgerufen
wurde, da brach plötzlich hinten im Parkett
das Deutschlandlied auf. Alle standen
sie auf und mit erhobenen Ar-
men sangen sie die erste Strophe
unserer Nationalhymne. Sie
feierten damit nicht Max Schmeling, son-
dern den Boden, auf dem dieser »Sohn des
Vaterlandes« aufwuchs.«

So lyrisch kann ein braunes Schmök-
chen werden!

Denn worum geht es? Bitte — :
»Die dritte und größte Bedeutung dieses
Kampftages aber liegt nun einmal auf poli-
tischem Gebiet. Deutschland voran!
Das größte Stadion der Welt ist im Ent-
stehen begriffen, die größte Halle der Welt
ist fertig. Immer mehr setzt sich
Deutschlands Name in der Welt
an die Spitze. Aber nicht Rekordfexerei

oder Spitzensucht ist es, die dazu treibt,
solche Wunderdinge der Technik und Bau-
kunst zu schaffen, wie es der schnell-
ste Zug der Welt, die gewaltigste
Lokomotive, das größte Hebe-
werk, die längste Autobahn ist.
Es ist der Wille des gesamten Deutsch-
land, wieder voranzukommen, den Rück-
stand langer Jahre nachzuholen, wieder
mitsuzuspielen im Konzert der
Völker...«

Das letztere durch Kinnhieb und Magen-
haken! Das Ganze ist ein bißchen unlogisch.
Aber ist das nicht eben das Wesen der Sache?!
Einschließlich des »Dritten Reiches« selbst?!

Und wie ungefähr sah »im Konzert
der Völker« Hitler sein Deutschland vor-
stellt — hallo, hier die genaue dem Leben
nachgezeichnete Momentaufnahme:

»Der Amerikaner selbst blickte verzwei-
felt in ein kaltlächelndes, in seiner
Ruhe unmenschlich grausam wir-
kendes Gesicht: das von Max Schmeling,
der minutenlang auf eine einzige
Chance für einen neuen Kern-
schuß wartete.«

Es geht das so acht oder auch neun Spa-
ten lang! Man hört nichts weiter als »Jib
ihm Maxe!« und »Punsh him, boy!«; man ist
von blutunterlaufenden Augen, ausgespuckten
Zähnen, im Schmerz sich krümmenden Lei-
bern förmlich umwirbelt. Darzwischen durch
das Deutschlandlied: Von der Maas bis
an die Memel... Oh ja, massenpsycholo-
gisch ist die große Zeit ganz wieder da.
Genauer gefragt: War sie überhaupt je in den
letzten zwanzig Jahren verschwunden?

F. E. Roth.

eigener Art. Hat doch da jüngst ein Arzt
beim Präsidenten des »thüringischen Landes-
amtes für Rassenwesen« angefragt, ob ein 27-
jähriger, kinderlos verheirateter Mann sterili-
siert werden solle, der fürchtet, dem Nach-
wuchs eine in seiner Familie häufig auftre-
tende Gaumenspalting zu vererben. Der Ras-
sepräsident Professor Doktor Astel antwor-
tete unter anderem:

»Es ist zunächst festzustellen, ob die
Ehefrau erblich so beschaffen ist, daß ihr
Wunsch nach einem Kind berechtigt ist.
Wenn ja, käme unter Umständen die Ver-
heiratung mit einem andern Manne in Fra-
ge. Luther empfiehlt in solchen
Fällen den Zeugungshelfer. —
— Er fühlt und denkt hier wie unsere ge-
sunden germanischen Vorfahren, bei denen
die Inanspruchnahme des Zeugungs-
helfers rechtlich und sittlich begründet
war.«

Wie sagte Hitler? »Wir haben der deut-
schen Frau die Ehre wiedergegeben.« Und
dem deutschen Volke die Freiheit, Ehre und
Freiheit wie die Braunen sie verstehen —
die Geschenke gleichen einander aufs Haar.

„Ehret die Frauen!“

In den »Eisernen Blättern«, München,
klagt eine Frau von R.:

»Als Frau empört es mich, was »über
das Weib, das nicht geboren hat«, heute
überall gesagt wird. Alle weiblichen Wesen,
die Gesundheit und Leben einsetzen, um
Kinder, Kranke und alte Menschen zu be-
treuen, erscheinen ja danach einfach »als
unehrenhaft.«

Ja, der Ehrenkodex des Dritten Reiches ist

falsch verstandenen Ideal männlich harter
Zucht heraus viele Unterführer des Jung-
volkes und der Hitlerjugend es duldeten,
daß Jungens und Mädchen mitten im Win-
ter ihre Fahrten und Uebungen in nahezu
sommerlicher Tracht unternahmen. Da die
Anordnungen verschiedener Hitlerjugend-
Gebietsführer dieser Unvernunft offenbar
nicht in genügendem Maße zu steuern ver-
mochten, hat jetzt der Jugendführer des
Deutschen Reiches den eindeutigen Befehl
erteilt, daß an den betreffenden Veranstal-
tungen im Winter nur teilnehmen darf, wer
winterlich angezogen ist.«

Wenn solche Mißstände schon öffentlich zu-
gegeben werden, kann man sich vorstellen, wie
unverantwortlich gegen die Gesundheit der
Kinder gesündigt worden ist. Die Beschwerden
der Eltern und Aerzte — die noch immer
bergeweise eingehen — waren offenbar doch
nicht länger zu überraschen. Allerdings dürfte
sich nicht allzu viel ändern. Ausreichende
winterliche Kleidung können bei weitem
nicht alle Eltern beschaffen, zumal alle Sa-
chen bei den militärischen Kinderübungen
stark strapaziert werden, und das Zuhause-
bleiben wird übel vermerkt. So werden sich
auch in Zukunft die schweren Krankheits-
fälle mehren, so wird auch in Zukunft die
Erstarkung der Jugend fortschreiten.

»Männlich harte Zucht«
Die »Soziale Praxis« meldet:
»Den Aerzten ist eine unerwartete Auf-
gabe dadurch entstanden, daß aus einem

Das Pensometer

(Nach Christian Morgenstern.)

Palmström, schon seit langem auf der Passe,
Wie er vortritt dem Gemeinnutz lasse
Vor dem eig'nen, schuf ein Instrument,
Das er schlicht das »Pensometer« nennt.

Dies Modell, aus staatlichen Belangen
Künftig einem jeden umgehungen,
Trägt sich so, daß man ein Zifferblatt
Sichtbar mitten auf der Stirne hat.

Abwärts laufen Drihte in Spiralen,
Und man liest auf unterteilten Skalen,
Wie das Hirn, das dieser Kopf enthält,
Innerlich zu Hitler eingestellt.

Greifbar tritt, zwecks Augenschein — Ge-
winnung,
An die Oberfläche die Gesinnung.

Was Verrat und Heuchel verschweigt,
Wird auf Milligramme angezeigt.

Palmström, ein Erfinder von Mérites,
Eilt, sein Kunstwerk Göbbels anzubieten.
Dieser aber — seitam! — weiß wie Schnee,
Winkt verlegen ab und stammelt: Nee...
Muck.

Kinder die Hälfte?

In einem Filminserat der »Hildesheimer
Allgemeinen Zeitung« heißt es:

»Weltkrieg in seinen Höhepunkten —
die menschenmordende Verdunstungslacht —
die Schlacht der Millionen: Sonne — Gas-
und Bombenangriffe, Flieger-Kämpfe und
Tankschlachten — Kinder habe Preise.«

Wenn es ernst wird, dürfen auch Kinder
wieder den vollen Preis bezahlen — wie einst
bei Langemarck.

Europäischer Friede

In den letzten zwei Jahren habe ich meinen
großen Tourenkoffer mindestens ein halbes
dutzendmal eingepackt und wieder ausge-
packt. Seit zwei Jahren will ich eine Reise
unternehmen und komme nicht dazu. Die
internationale Lage erlaubt es nicht. Wenn
es sich um eine Vergnügungsreise handelte,
käm's nicht drauf an. Aber es dreht sich um
eine Geschäftsreise, alte Kundschaften besu-
chen, neue gewinnen, durch die Donauländer,
Schweiz, Italien, Frankreich.

Ich habe vier Kinder — wer begibt sich
leichten Herzens in internationale Gefahren?
Und die reisen seit zwei Jahren nicht ab.
Gleich nach dem 5. März spürte man die all-
gemeine Zuspitzung, meine Aelteste stand
gerade vor der Verlobung. Würde sich Frank-
reich das Hitlerregime und seine Rüstungen
bieten lassen? Es ließ sie sich bieten,
die Verlobung lag auch hinter uns — da be-
gannen in Oesterreich die Naziböller zu kra-
chen und die Böllerei hörte das ganze Jahr
nicht wieder auf. Wer sollte da mit Ruhe
durch's Mühlrad fahren?

Im Januar 1934 schien es sich etwas be-
ruhigen zu wollen. Meine Tochter heiratete,
da muß man dabei sein, der Schwiegersohn
übernimmt eine Firma, Leder und Gummi,
wissens, war nicht schlecht. Also konnte man
wohl im Februar fahren... Ja, Kuchen! Da
kam der Dollfuß-Putsch, die Flinten der
Schutzblindler knallten. Abwarten hieß es,
wie das neue Regime aussah. Wer tätigte
unter so unsicheren Verhältnissen irgendwel-
che Abschlüsse? Die Böller krachten wieder.
Vom 30. Juni bei uns zu Hause will ich gar
nicht reden. Wer von uns konnte damals im

Ausland Geschäfte machen! Na, schön, denke
ich, einen Monat abwarten, muß ja nun bald
mal Ruhe geben, auch in Oesterreich — da
wird plötzlich Dollfuß abgeschossen, italieni-
scher Aufmarsch am Brenner, deutscher Auf-
marsch längs der bayrischen Grenze, soll einer
Lust haben was zu unternehmen. Wo man hin
kam, wurde geflüstert: Krieg, der Führer
kann's nicht länger erbremsen, muß doch
mal anfangen an irgendeiner Ecke, die Roh-
stoffe werden alle, welchen Sinn soll's denn
haben, in Vistra rum zu laufen?!

Aerger mit der Aeltesten hatte ich auch.
Der Mann taugte nicht viel, wissens. So einer,
der sich einbildet, er kann's machen wie in
der hohen Politik, er braucht nicht zu zahlen.
Egal Skandale. Setze auch alles auf'n Krieg.
Ein Bankrotteur. Blieb nix, wie schnelle
Scheidung. Mit einem Male war der Herbst
da, schöner Herbst, schien ja auch alles noch
eine Weile zu gehen, Friedenareden hüben und
drüben — da knallt das Doppelattentat da-
zwischen: Barthou und König Alexander...
Hochspannung zwischen Jugoslawien und Un-
garn, alles hängt wieder in den Kniekehlen.

Kaum hat sich der Dampf verzogen, zieht
der Saarrummel mächtig an. Französische
Aufsicht oder internationale? Verschiebung
oder Wahlen am 13. Januar? Putsch der SA?
Handstreich an der Saar? Allgemeines
Kriegsgerede. Wieder den Koffer auspacken.
Der Scheidungsanwalt machte auch allerhand
Späße. Schuld nachweis nötig. Sie verstehn
nich? Na, die Sache lief noch mal gut ab,
ich meine die Saarabstimmung, mußte ja auch,
wo doch Frankreich die Wähler mit dem
Zaunspahl merken ließ, daß es mit der Saar
nichts mehr zu tun haben wollte.

Bahn frei war jetzt, denken Sie? Bewahre.
Jetzt kam erst mal die 10-Mark-Sperre. Also
schnell die Unterlagen beschaffen, daß und
wieso meine Rundreise wirtschaftlich notwen-
dig war. Mußte mich ja auch vor dem Schwie-
gersohn a. D. vorsehen. Hätte mir gern ein
Denunziationschen geliefert. Devisenvergehn
und so. Gut befreundet mit der SS. Nicht
leicht heute in Deutschland, ein Geschäftsmann
zu sein, wenn die Branche nicht gerade mit
der Rüstungskonjunktur zusammenhängt...
Also schön, die Devisen waren parat, der
Himmel schwächer bewölkt — da geht's wie-
der Schlag auf Schlag. Erst das italienische
Gewürge in Abessinien. Achtung, sagt mein
Schwager, Japan greift ein, wenn Japan ein-
greift, greift Rußland im Osten an, Deutsch-
land nicht faul, drauf! Der Krieg kann noch
vor Martha's letztem Scheidungstermin im
Gange sein...

Bierbankpolitik, sagen Sie. Machen Sie
mal was, Verehrtester, wenn die ganze euro-
päische Politik seit 5. März wie Bierbank im
Quadrat aussieht... Nach Abessinien explo-
dierte Griechenland. Bulgarien mobilisiert,
Türkei dito, Venizelos wird mit Bulgarien den
Balkanbund sprengen, dann kriegt Deutsch-
land Luft, drauf! Aber auch das kam anders,
nur eins blieb: Das Kriegsgerede an allen
Stammischen. Luftalarm in Berlin, Rüstun-
gen in Frankreich, Martha geschieden, was
tut Polen, geheime Nachrichten aus Berlin —
so schwirrte es um mich rum. Können Sie sich
denken, wie einem da vor den Augen flim-
mert! Man gewöhnt sich schließlich dran,
Koffer gepackt, los endlich, die Kundschaft
rennt davon, man wird doch endlich vier
Wochen fahren können, ohne in einem Inter-

Streichers Rezept

Wie sich das Volk »helfen« soll.

Unter der Überschrift »Bestrafter Mädchenschänder. Das Volk weiß sich zu helfen« erzählt der »Stürmer« eine Geschichte, die er im Elsaß vor 1900 spielen läßt:

Lange Jahre hatte der alte jüdische Viehhändler es so getrieben und unzählige arme Mädchen in Schande und Unglück gebracht, da verbreitete sich eines Tages die Nachricht von einer »schrecklichen Judenverfolgung«. Er war spät abends von einem seiner Handelsreisenden mit der Bahn angekommen und hatte sich nach seinem Hause begeben wollen. Dort war er aber nicht angekommen. Nach einigem Suchen fand man ihn an der Landstraße im Straßengraben liegen. Hände und Füße waren ihm gebunden, im Mund hatte er einen Knebel, der ihn am Schreien hinderte, sonst war ihm nichts geschehen bis auf eine Kleinigkeit. Die beiden Körperhälften, mit denen er solange gefrevelt hatte, fanden sich, sauber in Seidenpapier eingewickelt, rechts und links in seinen beiden Westentaschen.

Selbstverständlich wurde eine große Untersuchung eingeleitet. Es kam aber nichts dabei heraus. Der Jude war auf dem stark begangenen Wege vom Bahnhof zum Dorfe von einigen jungen Burschen angehalten worden, die geschwärtzte Gesichter hatten und die nicht viel Worte machten. Die Operation war, wie sich zeigte, sehr sachverständig vorgenommen worden. Der Schnitt und die saubere Abbindung ließen eine geübte Hand erkennen, die wohl an Ebern, Farren und Hengsten die nötige Erfahrung gewonnen hatte. Uebrigens hielt es die jüdische Presse selbst für besser, kein großes Aufsehen von der Sache zu machen, nachdem sie die Volkseinstimmung, die mit ihrem Beifall für das Ereignis nicht zurückbleibt, kennen gelernt hatte. So verließ die Untersuchung im Sande. Die deutschen Mädchen in den Judenhäusern der Gegend aber hatten von da ab Ruhe vor den semitischen Gellisten und mancher hat nur bedauert, daß die Operation nicht einige Jahrzehnte früher vorgenommen worden war, wodurch viel Kummer und Schande vermieden worden wäre.

Das ist die neueste Leistung des Mannes, zu dem neulich Hitler eigens nach Nürnberg fuhr, um ihm zu seinem 50. Geburtstag zu gratulieren.

Flucht der Auslandsstudenten

Seit der nationalen Erhebung ist an allen deutschen Hochschulen ein starkes Zurückgehen der ausländischen Studierenden festzustellen. Dabei hat sich das Regime besonders bemüht, den Auslandsstudenten gewisse Vergünstigungen zu gewähren und auch sonst eine intensive Werbung des Ausländerstudiums in Deutschland betrieben. Die ausländischen Studenten sind schon allein dadurch bevorzugt, daß sie die »nationalsozialistische« Schulung nicht mitmachen müssen. Und auch

in den Lagern zu landen — da schlägt früh, einen Tag vor der Abfahrt, die Augen auf und liest: Allgemeine Dienstpflicht. Allgemeine Aufregung im Ausland. Die Börse stockt... Schlecht, um die Zeit zur ausländischen Kundschaft zu kommen! Alles eingefroren. Wieder warten...

Das sind so meine zwei Jahre totaler Staat. Den zweiten 30. Juni, das japanische Gewürge in Mandchukuo, dreimal Grippe in der Familie, Zahlungsschwierigkeiten und den Schlußkrach mit dem Schwiegersohn a. D. habe ich gar nicht mit gerechnet.

Und wenn sich die ausländische Kundschaft beruhigt hat, so in vier Wochen — was platzt da wieder?? Nein, nein, Verehrtester, es ist heute für einen deutschen Kaufmann nicht leicht, zu disponieren!

(Nacherzählt von Bruno Brandy)

Kriegstheater

Es fehlt Göbbels Theatern an Stücken, die nicht nur harmlose Unterhaltung bringen, sondern auch so etwas wie Gesellschaftskritik vortäuschen. Da wirkliche Kritik verboten ist, kann sich jeder denken, was dabei herauskommt. Typisch für diese Versuche ist das neue mißratene Stück des Lustspielautors J. Berstl. Zur Erstaufführung in Dresden schreibt das dortige Naziblatt:

»Wir brauchen gar nicht die Person des Verfassers und die Wahrscheinlichkeit seiner nichtarischen Abstammung allzu stark in den Kreis unserer Betrachtung einzubeziehen (obgleich all das sehr zu denken gibt) — Es blieb ein Schwank, der, weil er in der sattem bekannten Konjunkturmode gewisser an-

Die aufgenordete Alma Mater

Der »Aufbruch der Nation« hat einen welt-hin sichtbaren Meilenstein in diesen Tagen hinter sich gebracht. Es ist gelungen, so ziemlich den letzten jüdischen Dozenten an einer deutschen Hochschule zur Strecke zu bringen. Es handelt sich um die Entziehung der Lehrbefähigung für Professor Kronfeld an der Berliner Universität, den bekannten Psychiater und Neurologen. Daß man so spät mit ihm fertig wurde, lag lediglich daran, daß der Gelehrte — Gott sei es geklagt — Frontkämpfer ist und darum unter den diesbezüglichen Schutz des Berufsbeamtengesetzes ursprünglich fiel. Aber eine neue Habilitationsordnung, die Herr Rust dieser Tage erließ, stolpert wahrlich nicht über die sentimentale These: »Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß; Herr Kronfeld durfte, wie andere Juden auch, zwar für die deutsche Heimat die gesunden Glieder hinhalten, aber um heute als Habilitierter anerkannt zu werden, fehlt ihm eben der erforderliche Spritzer im Blut. Allerdings — man kann ja auch der Meinung sein, daß alle Psychiatrie sowieso im Dritten Reich sinnlos ist...«

Auf jeden Fall wird in einer Mitteilung der »Deutschen Dozentschaft« berichtet, daß durch Erlaß des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und

die jüdischen Auslandsstudenten werden, wie man berichtet, »zuvorkommend« behandelt.

Nun legt die Berliner Technische Hochschule, die stets einen außerordentlich guten wissenschaftlichen Ruf in der Welt genoß, einen Statistik über die Auslandsstudenten im Sommersemester 1934 vor, die im nachfolgenden mit den entsprechenden Zahlen für 1925/26 verglichen sei. Danach wurden an der Technischen Hochschule immatrikulierte ausländische Studenten gezählt:

Land	Wintersemester 1925/26	Sommersemester 1934
Tschechoslowakei	132	8
Oesterreich	59	5
Jugoslawien	52	3
Rumänien	27	13
Ungarn	25	4
Polen	25	16
USSR	22	1
Holland	21	19
Lettland, Estland, Litauen	20	5
Schweiz	18	12
Türkei	14	2
Luxemburg	13	—
Griechenland	12	2
Gesamtzahl	440	90

Besonders wird dieser Schwund der ausländischen Studenten an der Technischen Hochschule beklagt, weil die deutsche Wirtschaft in früheren Jahren sehr viel daraus profitiert hatte, daß die jungen Auslandsstudenten, die in ihre Heimat zurückkehrten und dort zum Teil leitende Stellungen erlangten, die wirtschaftliche Verbindung mit der deutschen Industrie sehr stark pflegten. Nun ist das vorbei. Die Auslandsstudenten wissen zu gut, daß man die besten deutschen Profes-

passungsüchtiger, geschäftstüchtiger Literaten auch vor der Ausschlichtung nationalsozialistischen Ideengutes (wie etwa der Bekämpfung des Ständedünkels und der Ethik der ehrlichen Arbeit) nicht zurückschreckt, alles andere als Befriedigung und Freude hervorruft.

»Nationalsozialistisches Ideengut« — wieso gehört die Ethik der Arbeit den Nazis? — dürfen nur Peges ausschroten, bei anderen ist unlauterer Wettbewerb.

Der durch den verflorenen Saarkampf gesteigerte Befreiungsrummel schwemmt über die Bühnen. Erbfeind-Stoffe aus der Neuzeit wagt man noch nicht, also ist die Gegend um 1813 Trumpf. In Kassel wurde eine Volksoper »Die heilige Not« uraufgeführt. Man liest in der gleichgeschalteten Presse:

»Die heilige Not« ist ein Ausschnitt aus der vaterländischen Geschichte und spielt im Jahre 1813 in einer deutschen von den Franzosen besetzten Stadt. In sechs Bildern wird der Kampf des »Bundes der Treuen« um die Befreiung der Heimat vom welschen Joch dramatisch geschildert... Wenn auch dieser im besten Sinne nationale Stoff in seiner geschickten dramatischen Gestaltung nicht die letzten Voraussetzungen zur Schaffung einer wahrhaft volkstümlichen Bühnenhandlung erfüllt, so sind in dem Werk doch Ansätze nach dieser Richtung vorhanden.

Man ist schon für Ansätze dankbar, wenn der Erbfeind dabei elend abfährt. Etwa so, wie im »Rebell an der Saar«, kürzlich uraufgeführt in Mannheim. Volksstück vom dem braunen »Grenzlandkämpfer« August Ritter von Eberlein. Spielt 1793, in den Tagen

Volksbildung die nicht-arischen Hochschul-lehrer aus den Prüfungskommissionen entfernt worden sind. Sollte es wirklich noch dozierende jüdische Professoren dennoch hier oder da gegeben haben? Wie dem auch sei, die »Dozentschaft« hat Herrn Rust für seine Verfügung ihren untertänigsten Dank ausgesprochen. Wer schreibt wohl einmal die Satire der braun gestrichenen deutschen Alma Mater?

Wie es, was den praktischen »Sozialismus der dummen Kerle«, den Arierwahn und die anti-jüdische Pogrom-Disposition angeht, heute an deutschen Hochschulen zugeht, zeigt lehrhaft und drastisch illustrativ folgendes Elaborat, das wir der nationalsozialistischen »Schlesischen Tageszeitung« in Breslau, erschienen in diesen letzten Tagen, entnahmen:

»Eine westdeutsche Zeitung hat unter der Überschrift »Verjudete Zustände an der Universität Breslau« Ausführungen gemacht, die ein falsches Bild von den Breslauer Hochschulen zu geben geeignet sind. Der Gauamtsführer der schlesischen NSD-Studentenschaft hat dazu eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: »Die Studentenschaft der Universität hat es unter Führung des NSD-Studentenschaftsbundes in schwerstem Kampfe erreicht, daß der größte Teil der

soren von den Lehrkanzeln vertrieben hat. Nun versucht das Kultusministerium durch Gewährung ganz besonderer Vergünstigungen, wie z. B. durch Erleichterung der Aufnahmebedingungen (bei Ausländern soll in Zukunft überhaupt von jeder Aufnahmeprüfung abgesehen werden) die Auslandsstudenten heranzulocken. Vielleicht wird man den Ausländern noch zuzahlen, daß sie in Deutschland studieren. Soweit ist es mit den deutschen Hochschulen, einstmals unumstritten die bedeutendsten der Welt, gekommen!

Ostbaltische Abstandslosigkeit — Westisches Posieren

In der »Deutschen Kämpferin« wird ein Buch von Prof. Günther (»Rasse und Stil«) besprochen. Es heißt da:

Sehr überzeugend und eindrucksvoll sind die Wesenhaftigkeiten der verschiedenen Rassenstile in der Kunst einander gegenübergestellt. Die Strenge und die Weite nordischer Auffassung bei straffgezierter Formgebung und Abstand wählender Innerlichkeit, die bis zu schweifender Unruhe sich steigende Formlosigkeit und Abstandslosigkeit ostbaltischer Rassenesele, das behagliche, formverneinende Sichgehulassen ostischer Bedingtheit, das Posieren und auf Kosten des Gehalts gehende Uebersteigern der Form, in dem sich westlicher Rassenstil offenbart, das Ausschierausgehen der oft ungeschlecht wirkenden »derbsaftigen« dinarischen Artung — alles wird so ungeschult und ungekünstelt unter Beweis gestellt, daß der für die alles bestimmende Macht des Blutes instinktbegabte Mensch leidenschaftlich mitgeht.

Die NS-Leserinnen des Frauenblattes »Deutsche Kämpferin« werden hoffentlich

in dem Artikel genannten Juden längst vom Katheder verschwunden ist. Von den aufgezählten jüdischen Professoren Fränkel, Jeßner, Winterstein, Fuchs, Preußnitz, Rießer, Taubmann ist nur noch Professor Jeßner tätig. Alle anderen sind schon längst auf Drängen der NSD-Studentenbundes aus dem Lehrkörper der Universität ausgeschieden. Ebenso ist es unrichtig, daß der NSD-Studentenbund eine Schutzwache für einen jüdischen Professor gestellt hat. Vielmehr hat der NSD-Studentenbund dafür gesorgt, daß kein artvergessener deutscher Student an den Vorlesungen der betreffenden Herren teilgenommen hat. Die schlesischen Studenten sind auf der Hut, wo es gilt, ihre Hochschulen von volksfremden Elementen zu reinigen...«

Das kann man, nach alledem, wohl sagen! Der Zynismus, mit dem hier zugegeben wird, wie eine Schar halberwachsener Rohlinge eine ganze ehrwürdige Stätte wissenschaftlicher Arbeit unter Terror und Boykott setzen darf, ohne daß von den deutschen »Männern des Geistes« auch nur einer mit der Wimper zuckt, dieweiles das amtliche und zur Zeit regierende Deutschland diese Lausbüberei noch protegiert und anmiert, ist selbst für Leistungen ähnlicher Art im Dritten Reich bisher noch nicht überboten. Das sind so die Trümmer einer Stätte, wo ehemals »das Volk der Dichter und Denker« wandelte!

bildungshungrig genug sein, um diese Weisheiten tief in sich hineinzuwickeln. Aufdringliche Kavallerie der SA oder SS werden von ihnen künftig nicht mehr in herkömmlicher Weise, sondern etwa mit den Worten zurechtgewiesen werden: »Sie ostbaltischer Typ, Sie form- und abstandsloser Rassefatzke!« — oder: »Scheren Sie sich heim, Ihr westlich bedingtes Posieren macht mich krank!« — oder: »Ich gedenke mir Ihre ungeschlichte dinarische Artung keinen Augenblick länger gefallen zu lassen.« — Wenn das so weiter geht, wird nächstens ein Dinarierparagraf geschaffen werden müssen, der das Durcheinanderheiraten der sogenannten Innerdeutschen Rassen verhindert.

Lies oder stirb!

In der »Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie« sprach Friedrich Blunck, Präsident der Reichsschrifttumskammer, und erklärte — wie die deutschen Blätter melden —

»die Hauptaufgabe der Reichsschrifttumskammer bestehe darin, dem literarischen Freihandel des Liberalismus ein Ende zu machen.«

Mit anderen Worten: der Leser darf nicht mehr kaufen, was er will, er muß kaufen, was die Reichsschrifttumskammer befiehlt. Und Herr Blunck selbst ist bei dieser Methode bis jetzt — als literarischer Verdienner — nicht schlecht gefahren. Sie packen ihre »Sozialisierung« an einem seltsamen Zipfel an. Göbbels wird nächstens — in Abwandlung des bekannten Lügenwortes — verkünden können: »Wer a Dichter is, döe bestimm ich.«

der Sansculottenherrschaft und ist der »Heimkehr der Saar« gewidmet. Der Müller von Spelzheim wird erst von dem Gedanken der französischen Revolution gepackt, aber bald erwacht der Deutsche in ihm und dann geht es so zu:

»Die preußischen Husaren kommen, eine Hand voll Leute, und verjagen die tausend Sansculotten. Den Müller von Spelzheim wollen die Husaren erschließen; die Reichsgräfin aber rettet ihm das Leben. Und Hand in Hand fordern sozusagen die beiden gegensätzlichen Menschen ein Jahrhundert in die Schranken unter dem Gedanken und den Worten: Deutsch die Saar, immerdar.«

So wird auf größeren deutschen Bühnen zur Zeit Geschichte gelehrt: ein paar preußische Husaren genötigen gegen einige tausend Welsche. Die Sansculotten waren ja bekanntlich so feig, daß sie sämtliche Armeen der damaligen europäischen Reaktion zu Paaren trieben. Die Blätter geben zu, daß dieser Schmarren auch künstlerisch nicht ernst zu nehmen ist — macht nichts, Befreiungsrummel ist Trumpf, der Theaterdirektor muß... Wir brauchen Grenzlanddichtungen, schreit die Nazipresse. Sobald Hitlerdeutschlands Aufrüstung etwas kompletter ist, werden Elsaß-Lothringen und der Osten dramatisch drankommen.

Im Deutschlandsender wurde zum sogenannten Heldengedenktage ein Mahnspiel aufgeführt. »Der Mittag« berichtet darüber:

»Das Spiel ist chorisch aufgebaut und wird umrahmt von einem Chor der Lebenden, der Toten, einem mythischen Chor und einem Chor der Götter.

Im Mittelpunkt steht die Person des »Meldegängers«, der zur Zeit des niedergebrochenen und der allgemeinen Verzweiflung verfallenen Vaterlandes auf dem Schlachtfelde des Weltkrieges die Toten aller Fronten aufruft, um mit ihnen den verpflichtenden Anruf an die um ihre Existenz ringende Nation zu verkünden.«

So werden in Gangsterien die Toten mißbraucht, sie können sich ja nicht wehren, sie müssen auf der Bühne das »heroische« Blech reden, das ihnen Göbbels Helfershelfer in den Mund legen und können nicht sagen, daß die Millionen Kriegstoter aller Länder mit einem Fluch gegen den Krieg, den Nationalismus und die Schreibtischhelden starben! Nationalistische Kriegshetze feiert Orgien auf Gräbern... Euringers braunes Hetzstück »Deutsche Passion 1933« wird in einer »in der deutschen Theatergeschichte einzig dastehenden Inszenierung« in Berlin vorbereitet. »Aus Anlaß des Geburtstages des Führers.« In deutschen Blättern heißt es:

»Diese Aufführungen werden dadurch besondere Bedeutung erlangen, daß die großen Sprech-, Gesangs- und Bewegungschöre von Arbeitern aus Berliner Betrieben gestellt werden. Als Mitwirkende sind nicht weniger als 600 deutsche Arbeiter vorgesehen.«

Sechshundert deutsche Arbeiter im braunen Schauerstück als Statisten, die auf Stichwort hin Heil zu brüllen und Rhabarber zu murmeln haben — dies ist von solch symbolischer Wucht und von so herausfordernder Plastik, daß den Regisseuren jetzt schon vor dem Berliner Witz bange sein dürfte.

Gregor.

Sinkende Konjunktur - steigende Arbeitslosigkeit

Der Einbruch in die Binnenkonjunktur

Die Arbeitslosenstatistik aus Nazi-Deutschland ist im allgemeinen nur von geringem Wert, da die wirklichen Arbeitslosenziffern längst nicht mehr bekanntgegeben werden. Wir haben das Schwindelsystem wiederholt gekennzeichnet, bei dem Hunderttausende von nicht unterstützten Arbeitslosen, von Pflichtarbeitern, Landheuern usw. in die unsichtbare Arbeitslosigkeit verschwinden. Aber selbst die neudeutsche Statistik läßt trotz aller Vertuschungsversuche neuerdings

Wandlungen in der Zusammensetzung des Arbeitslosenheeres
erkennen, die zur Beurteilung der deutschen Wirtschaftskonjunktur höchste Beachtung verdienen.

Der katastrophale Umschwung des deutschen Arbeitsmarktes, wie er sich Ende 1934

	Dez. 1934	Januar 1935	
Beschäftigte Arbeitnehmer	14.873.000	14.409.000	-464.000
Verfügbare Arbeitsuchende	3.065.000	3.410.000	+345.000
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet	2.604.000	2.973.000	+369.000
Gesamtzahl der Unterstützten	2.046.000	2.397.000	+351.000
davon:			
Versicherung	535.000	807.000	+272.000
Krisenfürsorge	764.000	813.000	+ 49.000
Wohlfahrt	747.000	777.000	+ 30.000

Ein solcher Anstieg der von der Versicherung Unterstützten innerhalb eines Monats ist seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen. Dieser Zustrom von älteren, verheirateten Arbeitern und Angestellten in das Arbeitslosenheer zeigt

den Einbruch der verschärften Krise in die bisher noch in Arbeit stehenden Belegschaften. Selbst die drakonischen Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes reichten nicht aus, um diese neue zusätzliche konjunkturelle Arbeitslosigkeit noch länger unsichtbar machen zu können. Die Reichsanstalt hatte sich bemüht, das Anschwellen der Ar-

beitslosigkeit im Januar 1935 auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen, die in diesem Jahre »ungewöhnlich ungünstiger« seien, als im Vorjahr. Die ungewöhnliche höhere Belastung der Versicherung und die geringere Belastung in den beiden anderen Zweigen der Unterstützung zeigen eindeutig, daß nicht Witterungs- und Saisongründe, sondern die wirkliche Konjunktur für die Vermehrung der Arbeitslosenzahl maßgebend gewesen ist.

Die vorstehenden Zahlen zeigen weiter, daß bei einer Steigerung der Arbeitsuchenden von 369.000 die Zahl der Unterstützten nur um 351.000 gestiegen ist. Die Reichsanstalt regi-

striert bekanntlich immer nur das Steigen und Fallen der Zahl der Unterstützten. Die unsichtbar gemachte Arbeitslosigkeit aber ist jeweils viel größer.

Die Januarzahlen sind zur konjunkturellen Beurteilung der deutschen Wirtschaft wesentlich, sie bestätigen, daß zu den bisherigen langfristigen Erwerbslosen

eine große neue Schicht der bisher in Beschäftigung stehenden Arbeiter und Angestellten hinzugekommen ist. Diese Veränderung des Arbeitsmarktes ist im Hitlerschen Vierjahresplan nicht vorgesehen gewesen.

Die große Rüstungskampagne, wie sie mit der Proklamation der Wehrpflicht verbunden ist, wird zwar das weitere Anwachsen der konjunkturellen Arbeitslosigkeit etwas hemmen. Es ist aber fraglich, ob abgesehen von Kasernenbauten das bisherige Ausmaß der Rüstungsaufträge noch allzu sehr gesteigert werden kann. Jedenfalls dürfte aber ein weiteres Sinken der Binnenkonjunktur abgestoppt werden und es kommt hinzu, daß Teile der jugendlichen Arbeitslosen als Wehrpflichtige aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden.

Ein Kapitel vom nationalen Sozialismus

Der Fall Friedrich Flick

Herr Friedrich Flick war unter den Industriegewaltigen Deutschlands dereinst nur eine kleine Größe, aber um das Jahr 1921 herum begann er sich vom Generaldirektor eines mittleren Eisenwerks, der Charlottenhütte in Siegerland, zum Konzerngewaltigen aufzuschwingen. Wie so viele andere bekam er damals Witterung, daß es kein besseres Geschäft gibt, als Geld zu pumpen, das sich entwertet, und das gepumpte Geld in Industriemacht umzusetzen. So kaufte er einen Riesenkonzern zusammen. Bald war ihm das heimische Siegerland zu eng geworden, und er verlegte das Schwergewicht seiner Industriemacht auf Oberschlesien. Fast die gesamte oberschlesische Schwerindustrie war in kurzer Zeit Flick untertänig. Bald verböckerte er seinen ganzen oberschlesischen Besitz, um ihn gegen einen maßgeblichen Anteil an der bayrischen Maximilianshütte und den Mitteldeutschen Stahlwerken in Riesa einzutauschen. Aber sein Reich sollte noch größer sein. Er strebte nach der Krone im Reiche von Eisen und Kohle. Es gelang ihm, mit der Mehrheit der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft die Herrschaft im Stahltrust zu erwerben.

Das war zwar ein Königreich, aber nur ein Königreich auf Pump. Herr Flick kam der Unfall mit der Krise dazwischen, und er sah sich eines Tages außerstande, seine fälligen Schulden zu bezahlen. Er stand vor der Pleite. Da bewährte sich Fritz Thyssen als rettender Engel. Er schrieb Herrn Flick einen Brief, worin er ihm anbot, durch Vermittlung eines Herrn Mannheimer, Mitinhaber des bekannten Berliner Bankhauses Mendelssohn, seine Stahlvereinsaktien an eine französische Kapitalistengruppe zu verbökern. Danach hätte also Thyssen, der damals, Ende 1931, bereits Deutschlands Erwanen finanzierte, zu einer riesenhaften Auslieferung deutscher Industriekraft an Frankreich die Hand geboten, und dazu noch sich der Vermittlung eines Juden bedienen wollen. Herr Flick antwortete in einem Brief, worin er dieses Angebot mannhaft zurückwies. Es scheint aber, daß wieder Herr Thyssen ganz so unnational und Herr Flick ganz so aufrecht national sich benommen haben, wie aus dem Briefwechsel hervorzugehen schien. Denn nach einiger Zeit meldete sich Herr Mannheimer mit der Behauptung, daß er nie-

mals ein derartiges oder ähnliches Angebot abgegeben habe. Da hatten die Briefe aber bereits ihre Wirkung getan. Man hatte sie dem damaligen Reichsfinanzminister Dietrich in die Hände gespielt, um eine Ueberfremdungsfahr vorzutäuschen und das Reich zu veranlassen, Herrn Flick vor der Pleite zu retten. Das Reich kaufte die Stahlvereinsaktien dem Herrn Flick zum Preise von rund 100 Millionen und zum Doppelten des damaligen Börsenkurses ab. Das Reich rettete also den Stahltrust vor einer zweifelhaften Ueberfremdung und setzte ihn instand, seinen mitteldeutschen Besitz zu behalten.

Kurz nach Hitlers Machtantritt hat dann das Dritte Reich Herrn Thyssen in Dankbarkeit seine Stahltrustmehrheit zum Geschenk gemacht. Der »deutsche Sozialist« Hitler schenkte sie dem »deutschen Sozialisten« Fritz Thyssen, so blieb sie gewissermaßen unter »deutschen Sozialisten«.

Aber gegen das Geschäft mit Flick von 1931 hatte die Nazipresse damals getobt. Sie nannte ihn einen der ärgsten Raffer, und hatte damit gar nicht unrecht. Und so kam es, wie es kommen sollte, Hitler erinnerte sich, wessen seine Leute Herrn Flick geziehen hatten? Er sei kein Schöpfer, sondern nur ein Hin- und Herschieber von Werten, kein großer Führer, sondern nur ein Groß-Spekulant, ein Parasit am Volkskörper. Herr Flick wurde in Anklagezustand versetzt und verbringt den Rest seines Lebens in Papenburg? Ach nein, es kam nicht, wie es kommen sollte, sondern wie es im Dritten Reich kommen mußte! Herrn Flicks Reich steht fester als je. Das westdeutsche Eisenreich hat er den Herren Thyssen und Klöckner, Krupp und Haniel überlassen müssen, aber im mitteldeutschen Eisenreich herrscht er so gut wie allein und unumschränkt. Erst im Dritten Reich ist es ihm gelungen, seine Mitaktionäre fast völlig an die Luft zu setzen und seine Teilherrschaft über Mitteldeutschland und darüber hinaus zur unangefochtenen Alleinherrschaft auszubauen. Aus dem Jahresabschluss seiner beiden durch Interessengemeinschaft verbundenen Hauptunternehmungen, Mittelstahl und Maximilianshüt-

te, für das Jahr 1933/1934 läßt sich die Wucht, mit der er seine Mitaktionäre aus ihrem Besitz verdrängt, fast zahlenmäßig feststellen. Bei Mittelstahl sind die Beteiligungen von 3,5 auf 35 Millionen, also auf das Zehnfache, bei der Maxhütte von 19 auf 32, also auf fast das Doppelte gewachsen. Sicherlich stecken Beteiligungen auch im Effektenbesitz, der von 4 auf 22 Millionen, also auf mehr als das Fünffache zugenommen hat. Die so gesicherte Alleinherrschaft ist nun auch organisatorisch befestigt worden. Der gesamte Aktienbesitz ist bei der Siegener Eisenindustrie A. G. zusammengefaßt, die nach der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung« nichts anderes darstellt als »die Vermögensverwaltung der Großaktionärgruppe Friedrich Flick.« Was da zusammengefaßt ist, ist nicht wenig: die Mitteldeutsche Stahlwerke, das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, ein großes Blechwalzwerk in Brandenburg, also so ziemlich die gesamte mitteldeutsche Eisenindustrie, dazu das größte süddeutsche Eisenwerk, die Maximilianshütte. Mittelstahl besitzt große Braunkohlengruben, der Maxhütte gehört die Steinkohlengewerkschaft Mont Cenis und die Mehrheit eines der größten deutschen Steinkohlenunternehmungen, der Harpener Bergbau A. G. Mittelstahl arbeitet also mit eigener Braunkohle, die Maxhütte mit eigener Steinkohle. Nebenbei ist da noch eine maßgebliche Beteiligung an dem größten Kraftversorgungsunternehmen des europäischen Kontinents, den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken. Nicht zu vergessen die Amsterdamer Tochtergesellschaft von Mittelstahl, die den Namen Commerce führt und selbst wieder zwei holländische Finanzierungsgesellschaften mit den wohlklingenden Firmen Nedahand und Metafina besitzt. Das ist ein undurchsichtiges System von Verschleppbahnhöfen, die es ermöglichen, Aufrüstungsgewinne im Ausland in Sicherheit zu bringen.

Die Minderheitsaktionäre ist Flick bis auf einen kleinen Rest losgeworden. Er herrscht in seinem Reich ohne die leiseste Kontrolle. Es gibt keinen mehr, der fragt, und daher auch keinen, dem man die Antwort zu verweigern braucht. »Die Zusammenfassung des Besitzes bei der Siegener Eisenindustrie«, sagt die »Rheinisch-Westfälische Zeitung«, »ist gleichsam der letzte Schritt für die Herbeiführung des Alleinbesitzes des Großaktionärs.« Daß es dieser letzte Schritt werde, dazu hat ihm Hitler geholfen. Er hat erst im Dezember vorigen Jahres ein Gesetz erlassen, das wie eine lex Flick aussieht, wonach ein Großaktionär, der

über 90 Prozent des Aktienkapitals verfügt, den Rest gegen eine Geldabfindung enteignen kann, wenn er die A. G. in eine G. m. b. H. umwandelt. Dessen bedarf es natürlich nicht, es genügt die bloße Drohung. Herr Flick hat nach der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung« diese gesetzlich ermöglichte Erpressung angewandt. Die Aktionäre von Mittelstahl, die vor der Wahl standen, entweder mit wenig Aktien einer anderen Gesellschaft oder mit noch weniger Geld vorlieb zu nehmen, haben das erstere vorgezogen.

Man sieht: Herr Flick hat im Dritten Reich aufgehört zu sein, was er bis dahin gewesen ist. Er war ein Großspekulant mit industrieller Macht und legt jetzt Wert darauf, eine industrielle Großmacht zu sein und zu bleiben. Er hat herausgefunden, daß Industriemagnaten nirgends so wohl behütet sind wie im Dritten Reich. Wenn er die Staatskasse berauben will, geschieht das im Dritten Reich ohne daß sich die Öffentlichkeit einmischte und ohne daß er es nötig hätte, Gründe dafür anzugeben oder auch nur zu erfinden.

G. A. Frey.

Frontgeist

Aus einer Nazi-Zeitung:

»Der Gerichtsvollzieher ist und wird künftig noch ausgeprägter Frontsoldat im Dienste der deutschen Rechtspflege sein. Ihm als alten Soldaten kommt der in ihm wohnende Frontgeist zugute.«

Sprung auf, marsch, marsch und drauf mit dem »Kuckuck« auf die Möbel der verarmten Volksgenossen.

Zurück zum Ständestaat!

Wir lesen bei Jakob Burckhardt:

»Das übrige Abendland mochte zusehen, wie es den großen, aus Italien kommenden Antrieb (der Renaissance) abwehrte oder sich halb oder ganz aneignete; wo letzteres geschah, sollte man sich die Klagen über den frühzeitigen Untergang unserer mittelalterlichen Kulturformen und Vorstellungen ersparen. Hätten sie sich wehren können, so würden sie noch leben. Wenn jene elegischen Gemüter, die sich danach zurücksehnen, nur eine Stunde darin zubringen müßten, sie würden heftig nach moderner Luft begehren.«

Der große Kulturhistoriker des 19. Jahrhunderts konnte nicht voraussehen, wie unmodern das 20. sein würde!

Ein uraltes Zitat

»Das Volk darf sich keines Friedens und keiner Ruhe freuen, weil das Reich durch Diebe verpestet ist, durch Ungerechte, die es um die Früchte seiner Arbeit bringen. Während sie heucheln, Ehrenmänner zu sein, und behaupten, sie mißbilligten die verbrecherischen Handlungen, die sie begehen (im Namen der Tyrannen), sind sie gleichwohl Lügner und Schelme.«

Aus dem chinesischen Schi-King, dem Buch der Lieder. 14. Jahrhundert v. Chr.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.